Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Lübecker Volksbote

Nr. 30. Sonnabend, den 4. Februar 1922. 29. Jahrgang.

Der Eisenbahnerstreik dauert fort.

Die Gewerkschaften für Streikabbruch.

SPD. Berlin, 4. Februar. (Eig. Drahtber.)

Nach den vorliegenden Situationsberichten hat die Lage im Laufe des Freitags rein technisch betrachtet dadurch eine Verschärfung erfahren, daß sich in gewissen Bezirken die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes dem Streik angeschlossen haben. Von den Streikenden selber werden Notstandsarbeiten abgelehnt. Zum Teil haben weitere Fachgruppen die Beteiligung am Ausstand erklärt. Durch die Tatsache, daß durch die Verschärfung des Streikes die Lebensmittel- und Kohlenversorgung gefährdet sind, sah sich die Regierung veranlaßt, mit den Gewerkschaftsvorständen am Freitag nachmittag Besprechungen über die Situation zu pflegen. Der Deutsche Beamtenbund, dem die Reichsgewerkschaft als Unterorganisation angeschlossen ist, wurde erst zu den Besprechungen zugelassen, nachdem er ausdrücklich erklärt hat, daß er den Streik mißbillige. Das Ergebnis der Besprechung ist der unerquickliche Aufruf sämtlicher Gewerkschaften an die Eisenbahner. Ob der Aufruf imstande sein wird, das zu bewerkstelligen, was er bezweckt, oder ob er eine weitere Verschärfung der Lage herbeiführen wird, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Jedenfalls zeugt der Inhalt von einem glänzenden Sieg der Regierung, durch deren Fehler tatsächlich der gegenwärtige Streik nur die Ausdehnung erfahren konnte. Wie dem auch sei, die Regierung muß wissen, daß sie auf die 77 000 Lokomotivführer angewiesen ist. Verbitternd wirkt auch, daß der Reichsverkehrsminister mit den Streikenden keinerlei Verhandlungen geführt hat. Auch der Reichskanzler hatte gestern in Besprechungen mit den Gewerkschaften das Bedürfnis, festzustellen, daß der Standpunkt der Regierung nach wie vor der gleiche sei und sie keinesfalls mit den Streikenden verhandle und daß sie den Beamten niemals ein Streikrecht zuerkenne.

Mit derartigen Aussprüchen wird man die notwendige Ruhe nicht schaffen, sondern zu der bestehenden Erregung neue Empörung hervorrufen. Während der Vorwärts zu dem Aufruf keine besondere Stellung nimmt, sieht die Freiheit in dem eventuellen Abbruch des Streikes in dieser Form ein böses Vorzeichen für die Zukunft der Beamtenbewegung überhaupt.

Ein weiterer Ausstand droht für Berlin.

Der Ausstand der Gemeindearbeiter wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Das Votum wurde in einer Urabstimmung gegeben. Gestern abend wurde beschlossen, den Streik ohne sofortige Festsetzung des Termins bald durchzuführen. Eine Streikleitung ist bereits eingesetzt. Auch in dieser Versammlung kam die allgemeine Erregung über das Verhalten der Regierung zum Ausdruck. Wie weit die Empörung gediehen ist, zeigt auch die gestern abend abgehaltene Sitzung der Groß-Berliner Funktionärversammlung, die sich mit dem Steuerkompromiß und der politischen Lage befaßte. In der Diskussion nahmen die einzelnen Redner scharf gegen die Regierung Stellung. Der Polizeipräsident Genosse Richter sagte, es sei nicht seine Aufgabe, in einer Versammlung sich wegen dienstlicher Angelegenheiten verantworten zu müssen. Nach einem Schlußwort des Genossen Bernstein wurden mit großer Mehrheit zwei Resolutionen abgelehnt, die sich gegen das Steuerkompromiß richteten.

Die Lage in Hamburg.

Hamburg, 4. Febr. (Eig. Telephondienst.)

Die Streiklage in Hamburg hat sich auch am Sonnabend morgen nicht verändert. Der Personen- und Vorortsverkehr ruht weiter. Der in der Morgenausgabe der Presse mitgeteilte Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, zur Arbeit zurückzukehren, hat offensichtlich keine Wirkung. Im Gegenteil ist die Erregung durch das Fehlen jeder Zusicherung, daß alle Streikenden und Gemaßregelten wieder eingestellt werden und keine späteren Maßregelungen stattfinden, sowie durch das ablehnende Verhalten der Eisenbahndirektion Altona noch verschärft worden. Auch in den Reihen des Deutschen Eisenbahnarbeiterverbandes wirkte es ungemein verbitternd, daß die Leistung von Notstandsarbeiten auf höheren Befehl von der Eisenbahndirektion abgelehnt und allein der Technischen Nothilfe überlassen wurde.

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Berlin, 3. Februar.

Am Nachmittag empfing der Reichskanzler die Spitzenverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen, mit denen in Anwesenheit der beteiligten Ressortchefs eine eingehende Aussprache über die Streiklage stattfand. Auf Grund dieser Aussprache haben die Spitzenverbände einen Aufruf zur Beendigung des Streiks erlassen. Der Aufruf lautet:

An die Beamten, Arbeiter und Angestellten!

Unter völliger Nichtachtung der anerkannten gewerkschaftlichen Grundsätze hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter anläßlich einer noch im Gange befindlichen Lohnverhandlung durch Aufforderung zum Streik den Eisenbahnverkehr, auch den für die Ernährung des Volkes nötigen, lahmgelegt. Obwohl gerade die werktätige Bevölkerung unter den Folgen am schwersten zu leiden hat und die Besoldungsordnung der Beamten mit den zur Zeit stattfindenden Verhandlungen über die Löhne und Gehälter der Angestellten in Staatsbetrieben in engstem Zusammenhang steht, hat die Reichsgewerkschaft absichtlich unterlassen, dem Wunsch der übrigen Gewerkschaften nach einem gemeinsamen Vorgehen nachzukommen. Es ist unerträglich, wenn eine einzelne undisziplinierte Gruppe in solch unverantwortlicher Weise mit dem Schicksal der Bevölkerung spielt. Geradezu katastrophal aber wirkt dieser Streik bereits jetzt, drei Wochen vor der Konferenz von Genua, auf die deutsche Außenpolitik ein. Die Verantwortung gegenüber den von ihnen vertretenen Beamten, Arbeitern und Angestellten, wie gegenüber dem gesamten Volk, legt deshalb den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebieterische Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Von der Reichsgewerkschaft wird erwartet, daß sie sich ebenfalls ihrer schweren Verantwortung bewußt wird und den Streik unverzüglich beendet. Die für diesen gesonderten Streikfall der Reichsbahnbeamten erlassene Verordnung wird mit der Beendigung des Streiks gegenstandslos.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Im Anschluß an diese Besprechung wurde im Beisein von Vertretern der Gewerkschaften der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes empfangen, nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, daß er den Streik ablehne und das Vorgehen der Reichsgewerkschaft mißbillige. Der Reichskanzler sagte zu, daß die Erörterungen mit den Spitzenorganisationen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenbesoldung alsbald fortgesetzt werden sollen.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Anschluß an die Besprechung mit dem Reichskanzler traten die Spitzenorganisationen unter dem Vorsitz Leipart (A. D. G. B.) nochmals zu Beratungen zusammen, zu denen auch zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft geladen waren. An diese wurde die Forderung gestellt, sofort den Streik abzubrechen, damit die von der Regierung zugesagten Verhandlungen über die Aufbesserung der unteren Beamtengehälter und die Abänderungen des Arbeitszeitgesetzes schleunigst aufgenommen werden könnten. Wie wir hören, erklärten die Vertreter der Reichsgewerkschaft ohne vorherige Garantien die Bedingung der Streikabbruchs nicht annehmen zu können. Die Entscheidung müsse dem Aktionsausschuß verbleiben. Eine Bestätigung war in der vorgerückten Nachtstunde nicht zu erlangen, doch verlautet, daß die Verhandlungen am morgigen Sonnabend fortgesetzt werden sollen.

Die deutsche Reparationsnote.

Berlin, 4. Februar. (Eig. Telephondienst.)

Pressemeldungen zufolge ist damit zu rechnen, daß die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission, die von dieser an die einzelnen Regierungen weiter geleitet wurde, der genannten Kommission wieder überwiesen wird.

Französische Pläne.

Berlin, 4. Februar. (Eig. Telephondienst.)

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der französische Ministerrat gestern den Beschluß gefaßt, beim Obersten Rat vorstellig zu werden und von diesem die Zustimmung zu der Besetzung des Ruhrkohlengebietes und des dazu gehörigen Eisenbahnbezirkes mit Ententetruppen zu erhalten, sobald durch den deutschen Eisenbahnerstreik die Kohlenzufuhr nach Frankreich behindert werden sollte. Durch die Besetzung soll die Aufrechterhaltung der Kohlentransporte ermöglicht werden. Der Antrag soll bereits heute der Botschafterkonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Daß man in den Kreisen der französischen Chauvinisten bestrebt ist, die augenblickliche Situation in Deutschland zu neuen chauvinistischen Aktionen auszunutzen, zeigt folgende Stimme eines Pariser Blattes: Durch dieses Ereignis wird die Verarmung Deutschlands noch verschlimmert. Wir dürfen also nicht zögern, uns Sicherheiten zu verschaffen und an dem Eigentum des Deutschen Reiches und sogar an dem Privatbesitz uns schadlos zu halten.

Der Streik der Bahnbeamten.

Dr. L. Lübeck, 4. Februar.

Zum ersten Male macht eine Beamtenorganisation Gebrauch von der Koalitionsfreiheit, die die Weimarer Verfassung auch den Beamten zuspricht. Es wird damit eine Streitfrage praktisch ausgetragen, die bisher in theoretischen Erörterungen eine einwandfreie Lösung nicht finden konnte.

Vor der Besprechung des Streiks selbst und der Streiklage möchten wir die eigentliche Grundfrage kurz erörtern: Wie verhält es sich mit dem Streikrecht der Beamten? Die Weimarer Verfassung garantiert, wie gesagt, den Beamten völlige Koalitionsfreiheit; und der Beamtenbund, die Spitzenorganisation fast aller Beamtenverbände, beansprucht für sich grundsätzlich das Recht des Streiks als letztes Mittel. Damit ist aber die Frage noch nicht völlig geklärt; denn es ist von keiner Seite bestritten, daß die Beamten im großen Heere der Arbeitnehmer eine Sonderstellung einnehmen. Sie sind im allgemeinen auf Lebensdauer angestellt; und im Alter sind sie pensionsberechtigt. Außerdem — und das ist nach unserer Meinung das Wichtigste — stehen sie nicht irgend einem Privatunternehmer gegenüber, sondern dem Staate, d. h. der Volksgesamtheit. Das Streikrecht der Beamten kann also keinesfalls in gleiche Linie gestellt werden mit dem Streikrecht der im kapitalistischen Betriebe beschäftigten Proletarier; wohl aber steht es an sich den Beamten zu.

Man kann so sagen: der Streik ist ein berechtigtes Kampfmittel der Beamtenschaft um Sicherung ihrer Existenz und ihrer staatsbürgerlichen Freiheit. Aber, es darf nur in allerdringlichsten Fällen, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, als allerletztes Mittel zur Erkämpfung wirklich berechtigter Forderungen angewandt werden. Diejenigen Beamten aber, die durch ihre Beschäftigung in den lebenswichtigsten Betrieben, wie Eisenbahn usw., am Herzschlag der gesamten Wirtschaft des Volkes sitzen, müssen es sich zehnmal überlegen, bevor sie die schwere Verantwortung eines Streikes gegen die Gesamtheit auf sich laden. Das ist der Standpunkt, den wohl jeder Vernünftige zu der Frage des Beamtenstreikrechts einnehmen muß.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten hat diesem Standpunkt in ihrem Vorgehen leider nicht durchweg Rechnung getragen. Sie hat besonders versäumt, mit den übrigen Gewerkschaften Fühlung zu nehmen, sie hat nicht einmal den Deutschen Eisenbahnerverband über ihre Absichten unterrichtet. Sie hat so mit vielem Ungeschick die öffentliche Meinung, ja die gesamten Gewerkschaften gegen sich aufgebracht. Der Streik schien von Anfang an zu schnellem Scheitern verurteilt.

Da tat die Regierung das dümmste, was sie tun konnte. Sie verbot einfach den Streik, sie stellte sich auf den Standpunkt, daß Beamten überhaupt kein Streikrecht zustehe, sie ließ die Streikführer verhaften und sie beschlagnahmte die gesamten Streikgelder der Reichsgewerkschaft; Verhandlungen lehnte sie grundsätzlich ab. Was war die Folge? Die allgemeine Stimmung schlug um, die Gewerkschaften, die den Streik an sich verurteilten, sahen sich plötzlich vor eine neue Sachlage gestellt: **es ging jetzt um die Koalitionsfreiheit der Beamten überhaupt.** Die Empörung in den Arbeitermassen wuchs ins Riesenhafte, hier und dort schlossen sich die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter dem Streike an, und die Berliner Gemeindearbeiter drohten mit Stillegung sämtlicher städtischer Betriebe. Die Lage wurde von Tag zu Tag kritischer. Unabhängige und Kommunisten nutzten die Erregung zu Agitationszwecken aus; und die Gewerkschaften nahmen scharf Stellung gegen die Regierung.

Das war ungefähr die Sachlage gestern früh. Im Laufe des Tages fand eine Besprechung statt zwischen den Spitzenverbänden und dem Reichskanzler. Diese Besprechungen standen im Zeichen der drohenden Streikausdehnung auch auf die Eisenbahnarbeiter und unter dem Druck französischer Drohungen für den Fall von Verzögerungen in den Kohlenlieferungen.

Diese beiden Rücksichten haben die Gewerkschaftsvertreter offensichtlich bewogen, am Freitag nachmittag in einem scharfen Aufruf (an anderer Stelle wiedergegeben) Stellung gegen den Streik zu nehmen. Ob er den gewünschten Erfolg haben wird? Er widerspricht zu sehr dem ersten Aufruf des A. D. G. B., um volle Wirkung haben zu können. Er ist auch in seiner Abfassung wenig glücklich; zu deutlich trägt er das Siegeszeichen der Regierung an der Stirn. Ohne jeden Zweifel ist es allerdings für uns, daß die Regierung ihn unter der Hand mit weitgehenden Zusagen erkauft hat. Wenn diese nach außen nicht in die Erscheinung treten, so deswegen, um nicht kapitalistischer Hetze Tür und Tor zu öffnen.

Jedenfalls wird die Lage außerordentlich kritisch, wenn der Aufruf nicht den gewünschten Erfolg hat. Der schnelle Sieg der Regierung wäre dann nur ein Scheinsieg gewesen, der einer völligen Niederlage Platz machen müßte. Und das wäre im Interesse des Ansehens Wirths im höchsten Grade bedauerlich. Klar muß sich aber die Regierung so oder so darüber sein, daß sie auf die 75 000 streikenden Lokomotivführer angewiesen ist, daß an deren gutem Willen die deutsche Wirtschaft wie an einem Faden hängt. Wir hoffen, daß sich diese Lokomotivführer, die den Streik tragen, nicht nur ihrer Macht, sondern auch ihrer Verantwortung bewußt sind. Bei allseitigem guten Willen muß sich eine Verständigungsmöglichkeit finden lassen. Unser schwerkrankes Wirtschaftsleben kann Erschütterungen auf die Dauer nicht ertragen.

Der Kampf um Genua.

Frankreichs Torheit.

Berlin, 2. Februar.

Blickt man zurück auf die Zeit seit dem Rücktritt Briands, so läßt sich zwar noch nichts Abschließendes sagen, aber immerhin sieht man in manchen Fragen klarer als in den ersten heißen Tagen der französischen Krise, die einen Schleier der Verwirrung über Europa senkte. Wir stehen zwischen den Schlachten. Der Kampf wurde in Cannes vorläufig abgebrochen, und für das große Endringen in Genua ist man über erste Vorbereitungen nicht hinausgekommen. Die Einladungen sind versandt. Die europäischen Staaten werden, soweit zurzeit ein Ueberblick möglich ist, erscheinen. Auch Frankreich ist durch die Unterschrift des Vorgängers Poincarés gebunden.

Anders verhält es sich mit den Vereinigten Staaten. Zwar liegt eine bindende Antwort von dieser Seite noch nicht vor, aber es läßt sich nicht verkennen, daß in Amerika wenig Neigung besteht, eine Schiedsrichterrolle in Fragen der europäischen Politik zu übernehmen. Wenn sich die Vereinigten Staaten dem Völkerbund fernhielten, so ist der wesentliche Grund darin zu suchen, daß sich der Völkerbund zu einem rein politischen Instrument entwickelte, anstatt die Fragen des Wirtschaftslebens und die Fragen eines wirtschaftlichen Ausgleiches in den Vordergrund seines Interessenkreises zu stellen. Amerika ist aber ein ausgesprochen unpolitisches Land. Es war vielleicht nicht ganz richtig, und auch weniger klug, Wilson in Versailles die Rolle eines Bluffers und Geblufften zu unterschieben. Vielmehr besteht ein grundlegender Unterschied in den Methoden, mit denen man in Amerika und in Europa an die Fragen innen- und außenpolitischer Natur herantritt. In Amerika sieht man die Dinge fast ausschließlich vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, während in Europa bis vor kurzem volkswirtschaftliche Gesichtspunkte für die Politik nur in sehr beschränktem Maße herangezogen wurden. Die Vereinigten Staaten sind heute der vollendete Typ jenes Privatkapitalismus, dessen Ideal es ist, mit einem möglichst kleinen Regierungsapparat dem Ellenbogen des Einzelnen einen möglichst großen Spielraum zu lassen. Was liegt diesem Typ an einer politischen Vorherrschaft, was liegt ihm an Prestige- und ähnlichen Fragen, da er von der Ueberzeugung getragen ist, daß dem wirtschaftlich Kräftigsten die Vorteile, die ein kostspieliger politischer und militärischer Apparat zu erringen vermag, von selbst in den Schoß fallen! Was liegt ihm an einem Kontinent, der von politischen Leidenschaften durchglüht ist, der über tausendfältigen Eifersüchteleien und Ehrgeizen vergißt, daß es daneben auch notwendig ist, zu leben, und daß das Leben des einen in dieser beziehungsreichen Welt von dem Leben des anderen abhängt! Was anders verbindet ihn mit anderen Erdteilen als der Wille, Handel zu treiben, zu leben und leben zu lassen, und bei dieser Gelegenheit möglichst gut zu leben! Man darf glauben, daß dieser Typ durchaus pazifistisch ist.

Deshalb ist es nicht erstaunlich, wenn die Vereinigten Staaten, die bislang dank des an der Seine angelegten Kapitals die eifrigen Schützer eines größeren Frankreichs waren, nun plötzlich ihre segnende Hand fortziehen, obwohl politisch gerade ein militaristisches Frankreich wertvoll sein kann. Französischer Militarismus droht das europäische Geschäft zu stören, und das ist ausschlaggebend.

Frankreich gerät damit in ein doppeltes Fangeisen. Auf der einen Seite ist es England, dem ein militärisch übermäßig starkes Frankreich ebenso unangenehm ist, wie ein durch seine Krisenwirtschaft den Markt erschütterndes Deutschland, auf der anderen Seite sind es die Vereinigten Staaten, die einer rein politischen Denkweise derart ablehnend gegenüberstehen, daß sie mit ihrer politischen Konkurrenz zusammengehen, um den europäischen Markt zu heben. Es wird interessant sein, zu sehen, wie sich Poincaré in dieser Umklammerung verhalten wird.

Vorerst schiebt er eine Barriere zwischen Europa und dem amerikanischen Kontinent. Es ist des öfteren gesagt, daß eine europäische Konferenz ohne die Teilnahme der Vereinigten Staaten ohne Wirkung bleiben müßte. Das ist insofern richtig, als Europa ohne Mitwirkung des amerikanischen Kapitals einer planmäßigen und raschen Wiederaufrichtung nicht entgegensehen kann. Aber es wäre eine Torheit, das Zustandekommen der Konferenz von Genua von der Teilnahme Amerikas abhängig zu machen. Soviel wissen wir heute von den Willensströmungen in den Vereinigten Staaten, daß sie dem Gedanken der Wiederaufbaukonferenz mit voller Sympathie gegenüberstehen, und es lediglich ablehnen, in die politischen Geschicke Europas einzugreifen. Wie es Hardings und seiner Freunde Aufgabe war, in Washington die Atmosphäre im Stillen Ozean zu entpolitisieren, so ist es Lloyd Georges und seiner Mitarbeiter Sache, dieselbe Reinigung in Europa vorzunehmen. Frankreich ist in dieser Hinsicht etwa das Japan Europas, dem man auch gerne die Weisheit der japanischen Staatsmänner wünschen möchte. Genua soll das Washington Europas werden. Hier wird es sich zu zeigen haben, ob die einzelnen Nationen ihr eigenes Interesse in das Europas einzuordnen vermögen, und ob es möglich ist, Europa wenigstens wieder zu einer Wirtschaftseinheit privatkapitalistischen Gepräges zusammenzufügen. Wer sollte es auffällig finden, daß die Vereinigten Staaten es ablehnen, sich wirtschaftlich in Europa festzulegen, ehe sie die Gewißheit haben, daß ein Schwerthieb von übermorgen Europa nicht wie ein Kartenhaus durcheinanderwirbelt?

Nicht Europa, sondern Frankreich ist die Macht, von dem die letzte Entscheidung abhängt, ob an einem geordneten Wiederaufbau Europas zu denken ist. Das England Lloyd Georges, das bereit ist, zugunsten eines Aufbaues die größten Opfer zu bringen, das Rußland Lenins, das unter dem Opfer innerster Ueberzeugungen dieser einen Aufgabe alles hintansetzt, das Deutschland Wirths, in dem man unter schweren, inneren Kämpfen politische und parteiegoistische Gesichtspunkte ausschaltet, um zu dem einen großen Ziel zu gelangen, sie alle, und der Kranz der anderen Staaten sind reif genug, um Europa zuliebe kleinliche Interessen zu vergessen und sie alle blicken fragend auf Frankreich.

Frankreichs Militärbudget.

Paris, 3. Februar.

Die Frage der Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf achtzehn Monate ist seit gestern abend eine Finanzfrage geworden. Im Kammerausschuß der Finanzen gab gestern Kriegsminister Margerot Aufklärungen über die Bedenken, die einzelne Abgeordnete haben, weil festgestellt wurde, daß trotz der Herabsetzung der Dienstzeit die Ausgaben für das Heer im kommenden Jahre um eine halbe Milliarde höher sein würden, als das Budget für 1922 vorsieht. Der Kriegsminister führte das darauf zurück, daß in diesem Jahre übertrieben hohe Beurlaubungen gewährt worden seien, daß man keine Reservistenübungen abgehalten habe, und daß die den kinderreichen Familien zustehenden gesetzlichen Zuwendungen nicht berücksichtigt worden seien. Die Frage soll durch den Finanzausschuß weiter geprüft werden.

Paris, 3. Februar.

In ihrem Militärreformgesetzentwurf verlangt die sozialistische Kammerfraktion außer der achtmonatigen Dienstzeit ein Heer von 150 000 Mann, wovon 30 000 Kapitulanten sein sollen. In der Begründung wird auf das deutsche Heer in Höhe von 100 000 Mann hingewiesen.

Regierungskrise in Italien.

Rom, 2. Februar.

Infolge der parlamentarischen Lage beschloß das Kabinett nach einem morgens abgehaltenen Ministerrat, zurückzutreten. Bonomi teilte darauf in der Kammer den Rücktritt des Kabinetts mit.

*

Die Kürze dieses Telegramms läßt nicht erkennen, welche Veränderungen der parlamentarischen Lage den plötzlichen Rücktritt der am 3. Juli 1921 gewählten Regierung verursacht haben. Bonomi übernahm die Regierung, nachdem Versuche, ein neues Kabinett Giolitti oder Sonnino zu bilden, gescheitert waren. Zwei Gegensätze spalteten von vornherein das Ministerium. Bonomi war für weitgehende Sozialpolitik, Fabrikkontrolle, Einziehung der Kriegsgewinne, während der Industrieminister Belotti dagegen war. Der andere Gegensatz war kultureller Art. Von den Gegnern des Papsttums wurde Bonomi wegen seiner klerikalen Gesinnung befehdet. Da er dieser Gesinnung jetzt beim Tode des Papstes in einer besonders auffälligen Form Ausdruck gab, ist es sehr wahrscheinlich, daß es dieserhalb zu einem Zerwürfnis innerhalb des Kabinetts und auch zwischen den Regierungsparteien im Parlament gekommen ist.

Beginn des Konklaves.

Rom, 3. Februar.

Nach der Zeremonie in der Kapelle Paolina versammelten sich die 53 Kardinäle in der Sixtinischen Kapelle, wo die Bestimmungen über das Konklave verlesen wurden. Abends 6 Uhr wurde das Konklave geschlossen.

*

Rom, 4 Februar.

In der ersten am Freitag mittag beendeten Abstimmung des Konklaves ist, wie erwartet, keine Wahl zustandegekommen. Der um 12 Uhr 10 vom Kamin der Sixtinischen Kapelle aufsteigende helle Rauch ließ, die den St. Petersplatz dicht besetzt haltende Menge einen Augenblick glauben, die Wahl sei schon vollzogen worden. Nach wenigen Sekunden jedoch war der Rauch schwarz, was das negative Ergebnis verkündete. Am Freitag 5¼ Uhr kündigte das Wiederaufsteigen dunklen Rauches der Menge an, daß auch in der Nachmittagssitzung noch keine Papstwahl zustandegekommen ist. Das Ergebnis der letzten Abstimmung wird erst am Sonnabend mittag bekanntgegeben werden.

Eine neue Schlichtungsordnung.

Berlin, 2. Februar.

Ueber den Entwurf einer Schlichtungsordnung, der im Reichsrat zur Beratung stand, berichtete Ministerialdirektor Dr. Frick. Die Reichsregierung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Aenderung der Schlichtungsangelegenheiten aus dem Uebergangsstadium für die Zeit der Demobilmachung nunmehr zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung geführt werden muß; insbesondere ist auch die Einteilung der Schlichtungsbehörden nach den Bezirken der alten Bezirkskommandos nicht mehr zeitgemäß. Der Regierungsentwurf beruht auf folgenden Grundsätzen:

1. An der Spitze steht der Grundsatz der Selbstverwaltung in doppelter Hinsicht; einmal insofern, als an erster Stelle die Schlichtungsstelle tariflich dazu bestimmten Instanzen so sehr vorbehaltlich ist, daß sie den behördlich geregelten Instanzen vorgeht; zweitens insofern, als für die behördliche Instanz eine weitgehende Korrektur durch die Selbstverwaltung möglich ist, indem die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde in jedem einzelnen Falle durch die Partei umgeändert werden kann. Vorgesehen sind Schlichtungsstellen, Landesschlichtungsämter und Reichsschlichtungsämter. Dem neuen Verfahren sollen unterworfen werden nur Streitigkeiten, die zwischen einer Gesamtheit

Berliner Brief.

Ins Gefängnis gelangt. — Die zärtliche Verwandte. — Das Geld liegt auf der Straße.

NZ. Berlin, den 1. Februar.

Heiter ist die Kunst, besonders die Tanzkunst. Dick ernst ist der Staatsanwalt. Die Tanzkunst der Margarete Adolf, die unter dem Namen Lola Bach auftrat, war ausnehmend heiter. Sie stimmte deshalb den Staatsanwalt desto ernster. So ernst, daß er die Kunst der Lola Bach und ihrer Kolleginnen unter die Paragraphen-Lupe nahm und mit den Damen sowie den männlichen Veranstaltern ihrer Vorführungen am Gericht ein Tänzlein zu wagen beschloß. War man des trockenen Verhandlungstones satt, so verzog sich das Gericht nach dem Kabarett, in dem die Jüngerinnen Terpsichorens die Entrüstung der Dame Justitia herausgefordert haben sollten. Hier mußten Lola Bach und ihre Gehilfinnen vor den strengen Augen der Richter und der — meist verheirateten — Zeuginnen in altgewohnter Weise die Tanzteufelinnen spielen. Freilich: manchem der Zeugen tanzten die Damen hier nicht nach Wunsch. In Wirklichkeit, das heißt, vor den Augen des Publikums seien die Tänze ganz anders beschaffen gewesen. Die Vorführungen vor Gericht seien kaum ein Abglanz von Lola Bachs Bacchanalien gewesen. Es half dem Ensemble nichts, daß es sich mit dem Hinweise auf die Nichtöffentlichkeit der Tanzvorführungen verteidigte und den Richtern vorstellte, sie hätten nur in der geschlossenen Gesellschaft der Vereinigung der Kunstfreunde getanzt. Es traten Zeugen auf, die gegen ein Eintrittsgeld von fünfzig Mark ohne weiteres zu den Aufführungen zugelassen worden waren. Das genügt! sagte der Staatsanwalt. Uebrigens gab es in diesem ernsten Nachspiel der heiteren Kunst Lola Bachs manch erheiterndes Moment: Eine Ehefrau hatte mit ihrem Manne Zutritt zu den Aufführungen erlangt, war jedoch bereits nach dem ersten Tanz auf Anraten ihres Ehehern der ungeheiligten Stätte der Kunst entflohen, weil die Leistungen der unternehmenden Künstlerinnen nach dem Urteil des Mannes für sie zu kühn seien. Der Dame war das Urteil ihres Mannes so wichtig, daß sie gegen die Tänzerinnen Anzeige erstattet hatte. Sie sei, so sagt sie aus, zu ihrer Anzeige auch besonders dadurch veranlaßt worden, weil sie aus ihrem Bekanntenkreise wisse, daß die Tanzveranstaltungen Lola Bachs auf manche Ehemänner eine so unheimliche Anziehungskraft ausgeübt hätten, daß dadurch mehr als eine Ehe zerrüttet worden sei. Hier unterbrach allerdings der Anwalt der Angeklagten den Redefluß der Dame, um unter Beweis zu stellen, daß ihr Ehemann ihre Abneigung gegen die Bachsche Kunst unmöglich geteilt haben könne, da er sich nach ihrer Flucht ausgezeichnet unterhalten habe, sogleich Mitglied der Vereinigung der Kunstfreunde geworden und von Stund an regelmäßiger Besucher der Veranstaltungen gewesen sei. In diesem Augenblick flog zu dem ebenfalls anwesenden Gatten der Dame der bekannte vernichtende Blick, dem dann die Feststellung folgte, daß sie davon nichts gewußt habe und daß sie dies ihrem Manne auch nicht habe zutrauen können. Solche Entrechats in dem Wirbel des Tanzprozesses waren für den Unbeteiligten recht erheiternd, vermochten aber an de mSchicksale der armen Tanzmäuse nichts zu ändern. Sie gerieten in die Paragraphenfalle. In einer Abendstunde, in der sie sonst die Vereinigung der Kunstfreunde durch das graziöse Spiel ihrer leicht — ach so leicht! — bekleideten Glieder entzückten, erhob sich der Mann im schwarzen Talar und verlas mit fester Stimme das für sie so wenig entzückende Urteil. Lola Bach wurde auf einen Monat an einen Ort geschickt, welcher in der poesilosen Sprache des Gerichts Gefängnis heißt und so wenig Gelegenheit (und so wenig Platz) ist, der edlen Tanzkunst zu huldigen. Gleich ihr ist dem Leiter der Vereinigung der Kunstfreunde, einem Dr. Völker, für drei Monate Gelegenheit gegeben, stiller Einkehr zu pflegen und der Bedeutung des Dichterwortes inne zu werden: Ernst ist das Leben, heiter die Kunst! Die Kolleginnen der Bach sind mit Geldstrafen von 1000 bis 500 Mark belegt worden. Die Aufführungen waren öffentlich und sie waren — immer nach der Begründung — unzüchtig. Trotzdem bedauert das Gericht, daß es der Bach und dem Dr. Völker nicht die Segnungen des neuen Gesetzes teilhaftig werden lassen konnte, das für geringe Gefängnisstrafen auch Geldbußen zuläßt. Wir sind sicher, das wird der einzige Punkt sein, in dem die Auffassung der Angeklagten mit der des Gerichts übereinstimmt.

Schade, daß Charles Darwin nicht mehr lebt. Er würde an uns Berlinern heute großen Gefallen finden. Nicht etwa, daß bei uns mehr als anderswo Angehörige der Gattung Mensch (Homosapiens) herumliefen, deren Wesen und Aussehen seine Abstammungslehre zu bezeugen scheinen. Nein, man würde dem Berliner Unrecht tun, wenn man dies behaupten wollte. Aber Darwin würde heute in Berlin ein anderes Beispiel dafür finden, das seine Lehre, die den Menschen in ein so nahes verwandtschaftliches Verhältnis zu dem sogenannten Menschenaffen setzt, von den Menschen Besitz ergriffen hat, ohne daß ihnen dies recht zum Bewußtsein gekommen sei. Das Augusta-Viktoria-Haus beherbergt augenblicklich einen Patienten, der uns eindringlicher als Darwins beweisträftiges Buch demonstriert, wie nahe uns die gemeinte Tiergattung eigentlich steht. Die bloße Tatsache seiner Anwesenheit in dem Kinderkrankenhause ist genau von dem gleichen Interesse wie die Krankengeschichte der . . . Ja, hier fragt ich schon! Soll ich hier sagen: „Kindes?“ Da fürchte ich unter meinen Leserinnen bei mancher Besitzerin eines herzigen Wesens, das diese Bezeichnung mit uneingeschränktem Rechte verdient, heiligste Empfindungen zu verletzen. Ich sehe schon, so bleibt mir nichts übrig, als gerade auf mein Ziel loszugehen und die Tatsache schlicht und klar darzustellen. — Also: In einem der vielen Kinderbetten des erwähnten Kinderkrankenhauses liegt ein kleiner Schimpanse. So, nun wäre es heraus. Wenn jetzt diese oder jene meiner geschätzten Leserinnen, denen ich sonst auf diesen Blättern eine bescheidene Freude bereitete, erschüttert ihr Haupt verhüllt, so muß ich dringend bitten, mir an diesem für andere Kinder und für Mütter so niederdrückende Faktum keine Schuld zuzschieben! Ich habe weder Zeit noch Neigung, mich in die Obliegenheiten der Aufnahme des Augusta-Viktoria-Krankenhauses zu mischen. Kann ich dafür, daß sich die doch zweifellos sachkundige Leitung dieses Kinderhospitals einen Schimpansenbuben — oder ist es ein Mädel? — unterschieben läßt? Bin ich verantwortlich dafür, daß Aerzte und Pflegerinnen an das Schimpansenkleinchen die gleiche Sorgfalt verwenden (ich halte mich nicht für kompetent „verschwenden“ zu sagen!) wie für andere Kinder? Ob der ungewöhnliche Gast vom Reporter schon interviewt worden ist, weiß ich auch nicht. Sicher ist, daß sein Bild Berliner illustrierte Zeitungen ziert, was noch keinem Insassen des genannten Krankenhauses passiert ist. Um auf die Krankengeschichte zu kommen. In der Schimpansenhäuslichkeit des Berliner Zoologischen Gartens, wo das Baby das Licht der Welt erblickt hat, herrscht ein beispiellos herzliches Familienleben. Als ein altes Fräulein, so eine richtige Schimpansentante, wegen des Familienzuwachses zum Gratulieren kam, war sie über den Kleinen so entzückt, daß sie ihm — einen Arm verrenkte! Das ist nun wieder ein Trost für die Menschheit. Seht, werden die Gegner der Darwinschen Theorie sagen, unsere Nichtschimpansentanten sind doch bessere Menschen! Schon aus der Art, junge Erdenbürger zu begrüßen, sieht man den Unterschied zwischen Menschen und Affen! . . .

Geld stinkt nicht! sagte Kaiser Vespasianus, als er die römischen Finanzen in Ordnung brachte. Wie haltbar sein Grundsatz gewesen ist, beweist heute der Magistrat von Schöneberg, der ebenfalls — wie viele andere Gemeinden — sich in der Lage des alten Römers, einer erheblichen Geldklemme, befindet. Er will an den Müllkästen Reklamen anbringen lassen. Dem Gelde, daß das Unternehmen bringen wird, sieht man es, so sagt sich der Schöneberger Magistrat, ebenso wenig an, wie man es den Goldstücken anlah, ob sie aus Vespasians Abortsteuer gelöst waren.

von Arbeitnehmern und einem oder mehreren Unternehmern entstehen. Das Ziel ist überall, auf eine gütliche Einigung hinzuwirken, und zwar mit möglichster Beschleunigung. Ein Anrufungszwang wird vorgesehen in folgendem Fall: Wenn bei einer Gesamtstreitigkeit keine Einigung zustandekommt, soll vor Verhängung von Aussperrungen oder der Vornahme der Arbeitseinstellung die Schlichtungsstelle angerufen werden. Aussperrung oder Arbeitseinstellung müssen in geheimer Abstimmung mit mindestens Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Ein Gewerbeaufsichtsbeamter soll zur Kontrolle der Abstimmung zugezogen werden. Drei Tage sollen mindestens zwischen der Zustellung eines Schiedsspruches und dem Beginn eines Kampfes liegen. Gemeinnützige Betriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nehmen eine Ausnahmestellung insoweit ein, als hier die Schlichtungsbehörden aus von Amtswegen tätig sein sollen. Es wird ein besonders beschleunigtes Verfahren vorgesehen. Die Verbindlichkeit eines Schiedsspruches für diese Betriebe kann auf Antrag der obersten Landesbehörde oder des Reichsministeriums des Innern ausgesprochen werden, und nicht nur auf Antrag der Beteiligten. Als Rechtsmittel ist lediglich Einspruch vorgesehen wegen Mängel bei dem Verfahren oder wegen Gesetzesverletzung. Ein Strafverfahren für Aussperrung und Arbeitseinstellung, die gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes vorgenommen werden, ist nicht vorgesehen. Auch findet keine Zwangsvollstreckung der Schiedssprüche statt.

Die Ausschüsse des Reichsrats haben die Vorlage eingehend erörtert. Sie haben zwei Lesungen vorgenommen und sich schließlich mit der Regierungsvorlage einverstanden erklärt. Sie haben aber einige wesentliche Aenderungen vorgenommen. Einmal soll das Reich die gesamten Kosten des Verfahrens tragen, während es nach der Vorlage nur zu zwei Dritteln daran beteiligt sein sollte, zweitens wurden die Sonderschlichtungsbehörden für die Arbeiter beseitigt, die in Unternehmungen des Reiches beschäftigt sind, und drittens haben die Ausschüsse entgegen der Regierungsvorlage beschlossen, daß der Vorsitzende und die Beisitzer der Landesschlichtungsstellen auf Lebenszeit zu bestellen wären ohne Mitwirkung der Bezirkswirtschaftsräte. Die Regierungsvorlage wollte die Anstellung auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist. Nachdem noch verschiedene Vertreter der Bundesstaaten gesprochen und der sächsische Vertreter erklärt hatte, daß der Entwurf für seine Regierung nicht annehmbar sei, wurde in der Abstimmung ein Antrag der Reichsregierung, die Bestimmungen der Vorlage über die Kostenfrage wiederherzustellen, abgelehnt und im übrigen die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen gegen die Stimme Sachsens angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde vom Reichsrat angenommen. Der Entwurf enthält ärztlichen Behandlungszwang, den Meldezwang, unter Umständen den Krankenhauszwang und stellt wissentliche Ansteckung unter Strafe.

Der Reichsrat nahm weiter einstimmig eine Verordnung zur Aenderung der Fernsprechordnung an, wodurch die Angelegenheit der dringenden Pressegespräche neu geregelt wird. Der Berichterstatter erklärte, die bisherige Regelung habe sich auf die Dauer nicht haltbar erwiesen, weil sie mit den Interessen des übrigen Verkehrs nicht vereinbar erscheine. Nach langen Verhandlungen sei es zu einer Verständigung mit den Groß-Organisationen gekommen. Dazu werden einheitlich im Reiche Sperrstunden festgesetzt für die Zeit von vormittags 8—9½ Uhr und nachmittags von 4—5½ Uhr, innerhalb welcher Stunden die Presse für ihre Gespräche keinen Anspruch auf Vorrang und auf den ermäßigten Gebührensatz hat. Der Reichspostminister erklärte, er hoffe, mit dem weiteren Ausbau des Fernsprechnetzes den bisherigen Mißständen abhelfen zu können. Die Neuregelung soll am 1. März in Kraft treten.

Den Etat der Reichspostverwaltung für 1922 nahm der Reichsrat unverändert an, da es gelungen ist, den Etat zu balancieren. Der Postminister hat im Ausschuß erklärt, er hoffe, daß die Einnahmeveranschlagung aus dem erhöhten Tarif sich als richtig erweisen werde. Der Reichsrat nahm den Etat des Reichsverkehrsministeriums (Verwaltung der Reichsbahnen) an. Auch dieser Etat balanciert bekanntlich.

Die USPD.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei ist keine glückliche Partei. Vom Beginn ihres Bestehens an hat sie das verheerende Zersetzen des Spaltpilzes, hat sie eine Hydra von Widersprüchen in sich. Ihre kurze Geschichte ist darum und muß darum sein: die Geschichte von Schwenkungen, Ratlosigkeiten, immer neuen Zielsetzungen und am Ende doch Mißerfolgen. Die besten Ratgeber hat diese Partei recht bald verloren. Hugo Haase sank ins Grab, Ströbel und Bernstein traten zur Sozialdemokratischen Partei zurück und Kautsky stellte sich, nachdem sein Rat wiederholt als unerwünscht zurückgewiesen war, abseits. Der widerspruchsvolle Politiker Crispien ist der erste Führer der USPD. geworden, und was noch schlimmer ist, bis heute geblieben.

Die USPD. sitzt zwischen zwei Stühlen, zur linken hat sie den kommunistischen und zur rechten den sozialdemokratischen, ein Mittelstuhl hat keinen Platz. Was soll sie tun? Sozialdemokratische Politik oder kommunistische, eins von beiden gibt es nur. Die Verwerfung der Demokratie und Opposition auf jeden Fall und zu jeder Sache, das ist kommunistische Politik, Anerkennung der Demokratie und Mitarbeit an ihrem Aufbau und ihren Lebensnotwendigkeiten, das ist sozialdemokratische Politik. Eine erfolgversprechende Mittellinie gibt es für eine große Partei in einer Demokratie nicht. Kleine Parteien können leicht machen, was sie wollen; sie können verantwortungslos oder verantwortungsvoll sein, es fällt nicht so sehr ins Gewicht. Dennoch aber glaubt die USPD. das Kunststück fertig zu bringen, von der Demokratie zu sagen: „Die Demokratie ist zwar nicht die Befreiung des Proletariats, aber sie ist ein günstiges Terrain für den Klassenkampf des deutschen Proletariats, wir lassen deshalb die Demokratie, die Republik nicht mehr zu Grunde gehen" (Crispien bei der Eröffnung des Parteitages in Leipzig) und — trotzdem abseits zu stehen.

Um wenigstens einen Gegensatz zur Sozialdemokratie und — glückliche Fügung! — zugleich eine Brücke zu den Kommunisten zu haben, prägte man auf dem Januarparteitag in Leipzig das Schlagwort: „Keine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien!" Man prägte dieses Schlagwort, obgleich die Besten der Partei davor warnten und sagten: „Dies Schlagwort kann sich gegen uns richten, dies Schlagwort kann der Republik, kann der Demokratie, kann dem Proletariat ungemessenen Schaden bereiten, und es dient nicht der Einigung der beiden Parteien, sondern es erschwert sie." Die Warner blieben Prediger in der Wüste. Crispiensche staatsmännische „Kunst" siegte, das Schlagwort wurde geprägt. Man hatte mit diesem Schlagwort: „Keine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien!" wenigstens wieder eine Plattform, auf der es vielleicht möglich war zu stehen, und man hatte zugleich wieder einen so notwendigen Gegensatz zur Sozialdemokratie; den alten hatte man aufgegeben, als man mit dem Schlagwort: „Diktatur des Proletariats" brach. Am Ende kann doch nur ein Gegensatz zur Bruderpartei, deren Politik man im übrigen wohl oder übel im Interesse des Proletariats mitmachen muß, dazu dienen, die Existenzberechtigung als Sonderpartei zu beweisen. — Es ist dies keine gute Politik und der gegen alle politische Einsicht aufgeworfene Gegensatz wird der USPD. schwere Nächte bereiten, und die Einigung wird trotzdem und alledem marschieren. Die sozialdemokratische Partei regiert auch nicht zum Vergnügen mit bürgerlichen Parteien zusammen, sondern der Not und den Tatsachen gehorchend, und um der Republik, der Demokratie und des Proletariats willen, denn allen zusammen droht ganz bestimmt Gefahr, wenn das deutsche Staatsschiff nur von Bürgerlichen und noch dazu Rechtspolitikern gesteuert wird.

Deutschland ist eine Republik und eine Demokratie. Die sozialistisch denkende Bevölkerung hat die Stärke von zwei Fünftel, die nichtsozialistische Bevölkerung die Stärke von drei Fünftel des Volkes für sich. Bei zielbewußtem Zusammenschluß und bei zielbewußter Politik der sozialistisch denkenden Bevölkerung und ihrer Vertreter würde das Verhältnis sehr bald drei Siebtel gegen vier Siebtel oder vier Neuntel gegen fünf Neuntel werden, und ganz gewiß würde gute Politik auch bald zur Mehrheit der sozialistischen Bevölkerung führen. Bei der Politik der USPD. aber kommt diese Entwicklung nie. Auch in der Politik gilt der Erfahrungssatz: „Uebung macht den Meister." Und das Volk folgt nur dem, der, wenn er die nötige Kraft erreicht hat, schafft und gestaltet.

Was wäre geschehen, wenn die Sozialdemokratie das unter ungeheurem Druck zustande gekommene Steuerkompromiß abgelehnt hätte, aus der Regierung ausgeschieden wäre und so das Kabinett Wirth gestürzt hätte? Die Antwort ist jedem Deutschen klar. Die großspurigen Reinsager aus der Volkspartei und der Deutschnationalen Partei, die Feinde der Demokratie und der Republik hätten die Regierung mit Zentrum und Demokratie gebildet. Herr Poincare, der böseste Feind des deutschen Volkes, hätte gejubelt. Seine Redensarten von dem hinterhältigen deutschen Volke und von der Unlust der Deutschen, den Vertrag von Versailles zu erfüllen, hätte in dem Regierungswechsel in so gespannter eZit eine Stütze gefunden. **Das durch die Regierung Wirth mit vieler Mühe und vielen Opfern kaum hergestellte Vertrauen der Welt zum neuen Deutschland wäre sofort wieder in Mißtrauen umgesprungen.** Die deutsche Mark wäre von neuem in nicht absehbarer Weise gefallen und für das Proletariat hätte der atemberaubende Wettlauf zwischen Marksturz, Preiserhöhung und Lohnerhöhung in wiederholt erlebter verheerender Weise eingesetzt. Arbeiter, Angestellte und Beamte hätten unmittelbar die Folgen mit viel größerer Not und Teuerung, als sie jetzt schon besteht, zu fühlen bekommen. Diese Folgen durfte die Sozialdemokratie nicht über das deutsche Volk hereinbrechen lassen. Der gegenwärtige Augenblick erfordert Stetigkeit der Regierung in Deutschland, Festigkeit der inneren und äußeren Politik.

Was hätte wohl ein Kabinett Stresemann in einer Regierungserklärung, auf die die ganze Welt lauschte, zu sagen gehabt? Die ganze Welt weiß, daß in der Deutschen Volkspartei wie in der Deutschnationalen Partei Feinde der Demokratie, Revanchepolitiker und waschechte deutsche Poincares sitzen. Der Reichskanzler Wirth konnte mit ehrlichem Gewissen vom offenen Visier reden und als deutschen Grundsatz der Welt verkünden: „Verständigung aller Nationen, der Sieger und Besiegten". Herr Wirth konnte fernerhin gegen Herrn Poincare sagen: „Wir werden diesen negativen und unfruchtbaren Problemen (die Herr Poincare aufwirft) ein positives Programm entgegensetzen . . , die Politik der Gewalt kann keine Politik der Dauer sein". — Herr Stresemann als Reichskanzler einer Rechtsregierung hätte das alles nicht sagen können, die Welt hätte dazu nur ein ungläubiges Gesicht gemacht. Aber Herr Wirth konnte auch noch einen ganz positiven Willen Deutschlands der Welt verkünden, der allen ehrlichen Deutschen aus dem Herzen gesprochen ist, nämlich: „Der Wiederaufbau Rußlands kann nur im Einvernehmen mit Rußland durchgeführt werden. Gegen eine Politik, die Rußland wie eine Kolonie behandelt, würden wir uns wehren." Wie hätte ein Kabinett Stresemann nur ähnliche Worte sagen können? Die USPD. hat das alles auch gewußt. Sie hat gewußt, was von dem Bleiben der Regierung Wirth jetzt abhängt. Sie hat auch gewußt, daß die Sachwertebesteuerung nicht in einem Ansturm kommt, sondern daß die deutsche sozialistische Bevölkerung sich noch ungeheuer stark machen muß, wenn die Sachwertebesteuerung oder ein ähnliches System siegen soll. Die USPD. hat aber trotzdem getan, als läge es nur an der Sozialdemokratie, das alles sofort fertig zu bringen.

Das Steuerkompromiß mit der Zwangsanleihe, von der die „Deutsche Tagesztg." schreibt: „Es sei eine glatte Expropriation" ist auch der Sozialdemokratie ungenügend; **aber es war ihr nicht in dem Grade unannehmbar, als daß sie darum das Kabinett Wirth hätte stürzen können.** Der Schaden, den sie damit angerichtet hätte, wäre riesig gewesen und gerettet hätte sie gar nichts, denn das Steuerkompromiß wäre dann für das deutsche Volk nur nachteiliger geworden und das Proletariat wäre nicht fähig gewesen, dagegen erfolgreich zu wirken. Im Interesse aller Lohn- und Gehaltsempfänger liegt es, endlich beständige Wertverhältnisse zu bekommen, denn ewig schwankender Wechselkurs ist ewig schwankende Rechnung im Haushalt, im Lohn, in Staat und Gemeinde, und in allen Dingen, die mit dem Leben und seiner Notdurft aufs engste verknüpft sind. Ein ernstes Verlangen des ganzen deutschen Volkes ist es, daß endlich der Gedanke der Völkerversöhnung sich sieghaft durchsetzt. So ist es heute von allerhöchster Bedeutung, daß im neuen Deutschland die neuen Wege unbeirrt und festen Fußes gegangen werden.

Die stärkste Stütze des neuen Deutschlands und der stärkste Bereiter der neuen Wege aber ist die Sozialdemokratie; soll sie um eines Schlagwortes willen beiseitestehen? Sie wird aus der Regierung ausscheiden, wenn man sie zwingen will, von neuen Wegen abzuweichen, **sie wird aber das Heil des deutschen Volkes nie den Rechtsparteien überlassen, wenn sie mit reinem Gewissen sagen kann: „Es geht trotzalledem, trotz diesem und jenem unvollkommenen Kompromiß vorwärts auf dem neuen Wege!"** Die USPD. könnte eine mächtige Stütze sozialdemokratischer Politik sein; sie zieht es aber vor, beiseite zu stehen und Steine nach der Sozialdemokratie zu werfen. Das wird sich rächen — früher oder später. Erfolge wird es keine bringen, nicht einmal Scheinerfolge. Der Heilungsprozeß bei der USPD. wird kommen und jeder Sozialdemokrat kann nur wünschen: Möge der Heilungsprozeß bald einsetzen und möge er kurz sein!

Max Leuteritz.

Volkswirtschaft.

Die Preiswellen der Nachkriegszeit.

Das „Reichsarbeitsblatt" bringt in seiner neuesten Nummer eine mit graphischen Kurven versehene Darstellung über Valuta und Warenpreisbewegung des Regierungsrats im Statistischen Reichsamt Dr. Bramstedt, der wir folgende Ausführungen über die Preiswellen in der Nachkriegszeit entnehmen:

Der gesamte unproduktiven Konsum des Kriegsaufwandes sowie der durch die Unterzeichnung der Friedensbedingungen eingetretenen Verluste und übernommenen Entschädigungsleistungen legt sich schwer auf den Wirtschaftskörper, die Bilanz der deutschen Volkswirtschaft auf das tiefste erschütternd. Die unermeßliche Verarmung und Verschuldung der Volkswirtschaft führt zum ersten katastrophalen Zusammenbruch der Mark, die durch ihren Absturz naturnotwendig eine Preissteigerung ohne Halt hervorruft; denn die inländischen Großhandelspreise sind Wiedereintaufspreise und haben die Tendenz, sich unmittelbar nach der mit sinkendem Markkurse schwindenden Kaufkraft der Mark zu orientieren. Die große Teuerungswelle von Mitte 1919 bis Frühjahr 1920, als erste Liquidation des unproduktiven Konsums der Kriegswirtschaft, der Verluste und Reparationen, wird vor allem durch die Preissteigerung der Einfuhrwaren gekennzeichnet. Erst die völlige Erschöpfung der deutschen Kaufkraft im Inlande sowie auf dem Weltmarkte führt einen Abschluß der Bewegung im März 1920 herbei. Dem Ausverkauf der deutschen Volkswirtschaft folgt mit der Erholung des Markkurses eine Periode der äußersten Zurückhaltung der Käufer, die um die Mitte des Jahres 1920 durch ein vorübergehendes Wiederaufleben der Konjunktur bis November 1920 abgelöst wird. Dann senkte sich das Preisniveau wieder mit steigendem Markkurse bis Mai 1921, dem Monat des Londoner Ultimatums, dessen wirtschaftliche Folgen sich in der gegenwärtigen zweiten großen Preiswelle auswirken.

Der unproduktive Aufwand der erzwungenen Entschädigungszahlungen kann bei dem gegenwärtigen Zustand der Volkswirtschaft nicht durch Arbeit gedeckt, geschweige durch gesteigerte Produktivität überkompensiert werden. Seine unmittelbare Folge ist daher die Inflation (Geldaufblähung). Das Wertverhältnis von Geld und Ware wird abermals revolutioniert; die Flucht vor der sinkenden Mark, die Jagd nach den Goldwerten beginnt. Je tiefer die Mark, desto toller die Jagd, und in fortwährendem Kreislauf treibt der sinkende Geldwert die Preise empor. Steigende Preise aber senken den Realwert der Einkommen, drücken auf die Lebenshaltung, und alsbald setzt die Lohnschraube mit dem unvermeidlichen Wettlauf von Preisen und Löhnen ein. Der Inflationsmechanismus ist in vollem Gange.

Bis dahin hat der Vorgang geldwirtschaftlichen Charakter. Aber steigende Preise reizen zu augenblicklicher Bedarfsdeckung an Rohstoffen und Fertigwaren. Augenblicklicher Kauf ist billigster Kauf im Zustande sinkenden Geldwertes. Steigende Preise reizen ferner zur Steigerung der Produktion, denn sie sichern dem Absatz angemessenen Gewinn. Und als dritter warenwirtschaftlicher Faktor belebt mit gesteigerter Kaufkraft die Nachfrage des Auslandes nach hochwertiger Ware deutscher Erzeugung die inländische Produktion. Bei alledem schreitet der Massenverbrauch unter dem Zwange des Existenzbedarfs fort. Denn Existenzbedarf ist Zwangsbedarf. Der Verbrauch muß kaufen, zumal die Vorräte in den Hauswirtschaften seit den Jahren der Not erschöpft sind. Also: bei steigenden Preisen gesteigerte Nachfrage des In- und Auslandes, gesteigerte Produktion, um der Nachfrage zu genügen; infolgedessen erhöhter Bedarf an Rohstoffen, Waren und Devisen als preistreibendes warenwirtschaftliches Moment. Das Wirtschaftsleben steht im Zeichen der Hochkonjunktur, aber auf krankhaft inflationistischer Grundlage. Der Wirtschaftskörper erscheint wie vom Fiebertaumel ergriffen. Einkommen werden durch den Sturz der Mark vernichtet und durch die Realisierung der Inflation aus dem Boden gestampft. Aus den Trümmern der aus Leistung und Tradition gewordenen Gesellschaft steigen neue Schichten empor, bis die Bewegung blind an der Konsumtionsgrenze zerschellt. Preissturz, Käuferstreik, Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit, Stagnation folgen mit dem Wiederansteigen des Markkurses dem bis zur Erschöpfung getriebenen Spiel, in das Millionen Existenzen immer wieder erbarmungslos hineingezogen werden.

Um die Preisbewegung in der deutschen Volkswirtschaft in den lediglich durch die ökonomischen Faktoren bedingten Grenzen zu erhalten, erscheint in erster Linie eine exakte, voraussetzungslose Preisorientierung der Oeffentlichkeit durch die amtliche Statistik dringend erforderlich. Sodann aber kann den akuten Preisschwankungen zunächst durch die straffe Selbstdisziplin der Käufer viel von ihrer Schärfe genommen werden. Die dringendsten Forderungen aber sind Eindämmung der übertriebenen Spekulation und rücksichtslose Bekämpfung des Wuchers.

Viehmärkte.

Rinder- und Schafmarkt.

Hamburg, 8. Februar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochsen und Quien 1150—1300 Mk., II. Qualität 1000—1125 Mk., III. Qualität 875—975 Mk., IV. Qualität 700—800 Mk. I. Qualität Bullen 1050—1150 Mk., II. Qualität 950—1050 Mk., III. Qualität 825—925 Mk., IV. Qualität 700—800 Mk. Vollfleischige und fette Kühe bis 5 Jahr alt 1100—1250 Mk., ältere fette Kühe 950—1050 Mk., mäßig genährte 750—850 Mk., gering genährte 500—650 Mk. I. Qualität Stallmastschafe 1000 bis 1100 Mk., II. Qualität 850—950 Mk., III. Qualität 700—800 Mk., I. Qualität Weidemastschafe 1000 bis 1100 Mk. Zufuhr 2089 Rinder (hierunter 568 Ochsen, 309 Quien, 516 Bullen, 696 Kühe) und 1186 Schafe. Der Handel verlief mit Rindern infolge des Eisenbahnerstreiks langsam bei unveränderten Preisen. Beste Ware konnte erhöht werden. Mit Schafen war der Handel unverändert lebhaft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 8. Februar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		8. Febr.	1. Febr.
Amsterdam	100 fl.	7569.40	7542.45
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1635.85	1623.35
Kristiania	100 Kr.	3256.70	3236.75
Kopenhagen	100 Kr.	4145.85	4105.85
Stockholm	100 Kr.	5214.75	5174.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	407.05	402.55
Rom	100 Lire	947.05	934.05
London	1 £	879.10	872.60
New York	1 Doll.	204.41½	203.79
Paris	100 Frs.	1710.75	1693.30
Zürich	100 Frs.	4000.95	3976.—
Madrid	100 Pesetas	3116.85	3089.40
Wien	100 K.	6.68	6.73
Budapest	100 K.	80.06	80.06
Prag	100 K.	887.60	890.60

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leberz; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Preis das Paket Mk. 7.—

das selbsttätige **Waschmittel in höchster Vollendung!**

Es ist nicht nur das beste, sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel.

Wenig Arbeit — geringer Kohlenverbrauch größte Billigkeit!

Achten Sie auf diese Vorzüge und kaufen Sie nur Persil.

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,
auch der „Henko", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

(12728

Bekanntmachung.

Laut Ausschußbeschluß vom 30. 1. 22 und mit Genehmigung des Oberversicherungsamts werden die Beiträge vom **1. Januar 1922** ab von 7 auf 6% ermäßigt. Es werden daher infolge Reichsgesetzes folgende Lohnstufen und Beiträge festgesetzt:

Lohnstufe	Tagesverdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag	Davon bezahlt der Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Krankengeld für den Arbeitstag
I	bis zu 4 Mk.	4 Mk.	1,44 Mk.	0,96 Mk.	0,48 Mk.	2 Mk.
II	von 4,01 bis 8 „	8 „	2,68 „	1,92 „	0,96 „	4 „
III	„ 8,01 „ 12 „	12 „	4,32 „	2,88 „	1,44 „	6 „
IV	„ 12,01 „ 16 „	16 „	5,76 „	3,84 „	1,92 „	8 „
V	„ 16,01 „ 20 „	20 „	7,20 „	4,80 „	2,40 „	10 „
VI	„ 20,01 „ 24 „	24 „	8,64 „	5,76 „	2,88 „	12 „
VII	„ 24,01 „ 28 „	28 „	10,08 „	6,72 „	3,36 „	14 „
VIII	„ 28,01 „ 32 „	32 „	11,52 „	7,68 „	3,84 „	16 „
IX	„ 32,01 „ 36 „	36 „	12,96 „	8,64 „	4,32 „	18 „
X	„ 36,01 „ 40 „	40 „	14,40 „	9,60 „	4,80 „	20 „
XI	„ 40,01 „ 50 „	50 „	18,00 „	12,00 „	6,00 „	25 „
XII	„ mehr als 50 „	60 „	21,60 „	14,40 „	7,20 „	30 „

Für diejenigen Versicherten, für welche der Ortslohn als Grundlohn gilt, werden folgende Beiträge erhoben:

	über 21 Jahre	von 16 bis 21 Jahren	unter 16 Jahren
a) männliche Personen	8,64 Mk.	7,20 Mk.	5,50 Mk.
b) weibliche Personen	6,48 „	5,40 „	3,60 „

Das Versicherungsamt hat den **Wert der Sachbezüge** neu festgesetzt.

Nach dieser Festsetzung werden bewertet:

Volles Deputat mit 3828 Mk. jährlich. (Deputatarbeiter müssen also ab **1. Januar 1922** 12 Mk. Wochenbeitrag zahlen).

Kost und Wohnung für ledige Knechte und Arbeiter jährlich . . . . 4000 Mk.
Kost und Wohnung für Dienstmädchen und Arbeiterinnen jährlich . . . . . 3600 „
Kost und Wohnung für landwirtschaftliche Verwalter, Gehilfen und Lehrlinge 5000 „
Kost und Wohnung für Hausdamen, Gesellschafterinnen und Stützen . . . . 4600 „

An Hand dieser Aufstellung und der oben angeführten Lohnstufeneinteilung kann man sich leicht ausrechnen, welche Beiträge ab 1. Januar 1922 zu zahlen sind.

Eutin, den 1. Februar 1922. (12745

Landkrankenkasse für die Provinz Lübeck.
Der Vorstand. Witt, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Im Monat Januar ds. Js. sind beim Polizeiamt folgende Sachen als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und bis jetzt noch nicht wieder abgefordert worden: (12727

Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, 1 Pelzkragen, 1 Federboa, 1 Wilhelm-Schnittmuster, 1 alte Haushaltsdecke, 2 Wagenkerzen, 1 buntgestreifter Schal, 1 goldenes Kettenarmband, 2 Pelzkragen, 2 Paar alte Kinderschuhe, 1 Taschentuch, 2 Handtaschen, 1 Holzperlenkette, 2 Brieftaschen, 1 Schere, 1 kleine Stickereiarbeit, 1 Beilage, 1 Damenuhr, 1 Zigarettenkasten mit Inhalt, 1 Straußenfeder, 1 Medaillon, 1 kleines Paket mit Stickerei und Band, 1 grauer Schal, 1 Armband, 1 Damenschirm, 1 Haarkamm, 1 Paket mit Kautabak, 1 Muff, 1 Paket mit Hosenstoffen, 1 wollene Schlafdecke, 1 gold. Siegelring, 1 Sack mit Grütze.

Zugelaufen 5 Hunde, 1 Katze und 2 Hühner.

Lübeck, den 1. Februar 1922.

Das Polizeiamt.

Adlershorst. Jeden Sonntag u. Donnerstag (12699 **Ball**

Konzerthaus Flora
Sonntag: **Großer Ball**
(12701) Anfang 5 Uhr.

Verschleudern Sie nicht Ihre Ware!

Zahle für Stut-Schweif-Pferdehaare per Kilo Mk. **115,—, 120,—, 130—**
Haushaltslumpen per Kilo Mk. **1.90**
Knochen . . . . „ „ **1.30**
Geb. Zeitungen . . . . „ „ **1.30**
Altes Eisen per Kilo Mk. **1.10** u. **1.30**
Für sämtliche **Felle, Kupfer, Zink, Blei, Messing, Mähnen, rein gew. Ochsenhaare, sowie trock. Schweinshaare** zahle die höchsten Tagespreise.
Ueberbiete jede Konkurrenz!
Ankauf nur Nr. 5 Beckergr. Nr. 5
Obige Preise nur b. Sonnabend-Abend
(12744) **R. Lissauer.**

Bekanntmachung.

Infolge des anhaltenden Frostwetters und des Eisenbahnerstreiks ist die Kohlenbelieferung des Hochofenwerks unterbrochen: Koksbezüge kann demnach nur noch in geringen Mengen bewilligt werden. Eine normale Gasabgabe ist, schon mit Rücksicht auf die schwindenden Kohlenbestände der Gaswerke, nicht aufrecht zu erhalten; es ist vielmehr damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen die Gaslieferung erheblich eingeschränkt werden muß. Genaue Angaben über die erforderlichen Sperrzeiten lassen sich vorerst nicht machen; doch soll versucht werden, früh von 5 bis 9 Uhr, mittags von 11 bis 1 Uhr und abends von 5 bis 10 Uhr Gas zur Verfügung zu stellen.
Lübeck, 4. Febr. 1922.
Die Betriebsbehörde. (12785

Achtung,
Betriebsräte, Betriebsobleute L.I.W.
Kursusteilnehmer der Betriebsräteschule.

Infolge der im März bevorstehenden Neuwahl der Betriebsräte hat der Ausschuß zur Durchführung der Betriebsräteschule beschlossen, den Wiederbeginn der neuen Kurse auf einen noch festzulegenden Tag nach den vollzogenen Neuwahlen zu verschieben. Infolgedessen finden die Kurse der Betriebsräteschule bis auf weiteres nicht statt. Es erfolgen zu gegebener Zeit weitere Bekanntmachungen. (12785

Die Betriebsräteschule.

An- u. Verkauf von alten Schirmen.
Neuer Schirm- u. Stock-Reparatur-Werkstatt
Wahmstraße 71. (12756

Tisch-Taschenlampen [illegible]
[illegible]

Ein Posten
Kleiderbürsten
per Stück nur
Mk. 4.50.
Ferd. Kugler.
(12722

Die höchsten Tagespreise für
Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.
zahlen Sie bei (12704
Selig L. Cohn,
[illegible] Telephon 2152.

Kasernenhof
Fackenburger Allee
Sonntag, den 5. Februar, 2½ Uhr:
A. T. V. I — Viktoria I.

L.F.C. „Victoria" 08
Mitglied (12720
des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Gr. Sportler-Ball
unter Mitwirkung des „Konzertina-Klubs"
am Sonntag, dem 5. Februar 1922,
im Konzerthaus Lübeck.
Anfang 6½ Uhr. Ende ? ? ?
Hierzu laden wir sämtl. Sport-Vereine des Arbeiter-Turn- u. Sport-Bundes herzl. ein. **Das Komitee.**

Verein der Vogelliebhaber.
Große Vogel-Ausstellung
4. bis 6. Februar 1922
Turnerschaftsheim.
A. d. Mauer 55 a. (12718

St. Gertrud-Schweinegilde
Am Sonntag, dem 5. Februar:
Gr. Ball verbunden mit **Kappenfest**
im Lokale „Neulauerhof". (12723
Anfang 5 Uhr. Ende ?? (Der Saal ist geheizt).
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Konzerthaus „Flora"
Sonntag, den 12. Februar 1922

Großer öffentlicher Maskenball

(12748)

Weißer Engel.
Heute Sonnabend: (12721
Großer Familien-Maskenball.

Zentralhallen.
Morgen Sonntag: (12740
Großes Tanzkränzchen.
Am 19. Februar: **Große Volksmaskerade.**

Luisenlust. Jeden Sonntag: **Ball.**
Eintritt und Tanz frei. (12697
Der nächste Familienball findet erst am Sonnabend, d. 11. d. M., statt.

Die Eisenbahn-Fundsachen-Auktion
findet **Montag, den 6. d. M., morgens 9 Uhr** (ohne Mittagspause) im geheizten **Wartesaal 4. Klasse,** Eingang Steintreppe linksseitig Bahnhof, statt.

Es sind viele gute Regenschirme, Spazierstöcke, lederne Reisetaschen, goldene u. andere Brillen, Kneifer, Koffer, Schlagsahne, Fahrrad, 4 silberne Damenuhren, goldene und andere Schmucksachen (wovon einige f. wertvoll) mit Brillanten, Blockwagen, gute Rucksäcke, Garderobe, Wäsche u. v. a. m. (12716

Die Schmucksachen, Uhren kommen etwa um 12 Uhr zum Verkauf.

Die Auktionatoren und Taxatoren
H. F. Koch, und **Hans Koch,**
Kirchenstr. 3 a. Mariesgr. 9/11, Tel. 2550.

Wir eröffneten am 2. Februar ds. Js. eine
Geschäftsstelle
unserer Bank in Seeretz.
Mit der Leitung haben wir Herrn **Johannes Begehr,** Seeretz, betraut. —
Die Geschäftsstelle (12768
vermittelt alle bankmäßigen Geschäfte.
Bank für Handel und Gewerbe
e. G. m. b. H.
Lübeck.

Stadthallen-Lichtspiele.
Vom 3.—9. Febr. 1922:
Das indische Grabmal
2. Teil.
Der Tiger von Eschnapur
7 Akte mit **Mia May, Olaf Fönß, Erna Morena, Konrad Veidt.**
Amor am Steuer
5 Akte (12729
mit **Ossi Oswalda.**
Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.

Preisskat
Sonnabend, 5. Febr., nachm. 4 Uhr (12717
Rest. Johs. Jürss.
Engelsgrube 59.

Lindenhof
Israelsdorf.
Am Sonntag: (12711
Vornehme Ballmusik.
Anfang 4 Uhr nachm.
F. d. Veranden fr. Eintr.
Tel. 1910. Victor Riemann.

Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.
Bezirks-versammlungen
für die Mitglieder der Warenabgabestellen 6 und 27
Holstentor-Süd
am Montag, dem 6. Februar
abends 7½ Uhr
In der Flora, Nebenhofstraße.
Tagesordnung:
I. a) Geschäftsbericht.
b) Verlegung des Geschäftsjahres.
c) Erhöhung des Geschäftsanteils.
d) Eigene Bäckerei.
II. Bericht des Genossenschaftsrats.
III. Ergänzungswahl desselben. (12693
IV. Genossenschaftliches.
Wegen der wichtigen Tagesordnung bitten wir um recht zahlreichen Besuch. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
(12712
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Montag, 6. Febr., abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungssätze.
2. Stellungnahme zur G. m. b. H. Gewerkschaftshaus.
3. Lokalstatut.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
(12787
Versammlung der Hausdiener, Fensterputzer, Austrägerinnen und Reinmachefrauen
am Montag, dem 6. Februar
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. **Bericht der Lohnkommissionen.**
2. **Innere Verbandsangelegenheiten.**
Die Ortsverwaltung.

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft Lübeck
e. G. m. b. H.
(12789
Bezirks-Versammlung
Burgtor
am Montag, 6. Februar
abends 7½ Uhr
bei **Joh. Groht.**
Kottwitzstr. 16.

Hauszimmerleute-Sterbekasse.
General-Versammlung
am Montag, d. 6. Febr.
abends 7½ Uhr,
im Lokale Stadt Lübeck,
Hundestraße 101.
Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung.
2. Statutenänderung.
12723) **Der Vorstand.**

Friedrich-Franz-Halle.
Jeden Sonntag: (12698
Tanz.
Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.
Sonnabend, 11. Februar:
Großer Ball

Trocadero
Schüsselbuden 4.
Tel. 787.(12694
Täglich
die beliebten
Weberus-Konzerte.

Hansatheater.
Sonnabend, sowie Sonntag, 7½ Uhr:
Erstaufführungen.
„**Hoheit tanzt Walzer.**"
Operette in 3 Akten von Leo Ascher.(12707
Montag, 7½ Uhr:
Auf vielseitigen Wunsch
Das Milliardensouper.

Stadttheater Lübeck
Sonnabend, 4. Febr. 7.30
Tannhäuser.
Außer Abonnement.
Sonntag, 5. Febr. 11 Uhr
Morgenfeier.
Uraufführung **Agonie** v. Helmuth Rosenthal.
Hierauf: **Fortunatas Biß** von Emil Gött.
3 Uhr: 5. Vorst. für die Plattdeutsche Volksgilde: **Straatenmusik.** Karten an d. Theaterkasse.
7.30 Uhr: Einmaliges Gastspiel von **Lisa Ludewigs - Korta** als Senta im **Fliegenden Holländer.** 12781
Montag, 6. Febr. 7.30 U.
13. volkst. Konzert.
Karten a. d. Theaterkasse.
Beethoven: 8. Sinfonie
Schumann: Ouvertüre z. Genoveva usw.
Dienstag, 7. Febr., 7.30
Carmen.
24. Ab.-Vorst. Schft. D.

Theatergesangverein.
Stimmbegabte Herren, möglichst aus Gesangvereinen, werden für den Theatergesangverein des Stadttheaters gesucht. Zu melden in der Theaterkanzlei, Fischergrube. (12714

Beilage zu Nr. 30
29. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Sonnabend, den 4. Februar 1922

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 4. Februar.

Großstadtbild.

Der Winter hatte wieder einmal tüchtig seine Flocken geschüttelt. Die Straßen der Stadt lagen hoch mit blinkendem Schnee überpolstert. Zwei Arbeitslose stapften durch das weiche Geblink. In dünnen, schlissigen Röcken stelzten sie einher, die Hände tief in den Taschen vergraben, die Rockkragen hoch geschlagen. Die Köpfe hielten sie gesenkt. Die trostlosen müden Augen suchten den Boden. Zwei Familienväter waren es; ein älterer und ein jüngerer. Der eine lag schon seit Wochen auf der Straße, der andere erst seit einigen Tagen.

Jetzt kamen sie vom Arbeitsnachweis. Es war wieder einmal nichts für sie offen gewesen. Mit der Stumpfheit gewohnten Elends nahmen sie die Mitteilung hin. Mit einem verbissenen Groll vernahmen sie die Schritte der hinter und vor ihnen Eilenden. Schon an der hastigen Gangart merkten sie, daß es nicht Arbeitsuchende waren, sondern Leute, die eine Beschäftigung hatten.

Die Glücklichen! Bei denen mochte es daheim anders ausschauen, als bei ihnen. Und auch innerlich anders als bei ihnen! Die waren nicht auf der ständigen Jagd nach dem Glück! Die brauchten sich nicht um das Heute zu sorgen, und auch wohl kaum um das Morgen! Keine kalten Stuben daheim, keine hungernden Kinder, keine wortlos anklagenden Augen einer verzweifelten Frau!

Unverschuldet waren sie aufs Pflaster geworfen worden. Die Laune der Konjunktur hatte die Betriebe, in denen sie schafften, stillgelegt. Hunderte mußten daran glauben. Sie waren darüber. Zuerst rechneten sie nur mit einer kurzen Unterbrechung. Aber die Hoffnung trog. Die Arbeitslosigkeit wuchs. Und die Preise für die notwendigsten Lebensmittel stiegen. Stiegen und stiegen von Tag zu Tag . . .

Wie hoch und dicht der Schnee lag! Ihre Schritte versanken in seiner Weichheit. Und sie zogen dahin. Irgendwohin. Die Rockkragen hochgeschlagen. Die Hände tief in die Taschen vergraben. Die Köpfe mit den müden, hoffnungslosen Augen gesenkt. Wortlos . . .

Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten. Durch Rat- und Bürgerschluß vom 14. November 1921 sind den Beamten, den Senatsmitgliedern sowie den Angestellten zu ihren mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab erhöhten Grundgehalten oder Grundvergütungen, Ortszuschlägen und Kinderzuschlägen Teuerungszuschläge in Höhe von 20 v. H. gewährt worden. Vom gleichen Zeitpunkte ab wurden die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und der Hinterbliebenen durch Rat- und Bürgerschluß vom 28. November 1921 erhöht, mit der auch eine Neuregelung ihrer Teuerungszuschläge verbunden war. Vom Reichstag ist nunmehr beschlossen worden, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab der Teuerungszuschlag zu dem Grundgehalte und dem Ortszuschlage der planmäßigen Reichsbeamten, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 Mk. nicht übersteigen, 40 v. H., im übrigen 20 v. H., der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen aber wie bisher 20 v. H. beträgt. Dadurch ist bewirkt worden, daß alle planmäßigen Reichsbeamten mit Ausnahme einiger weniger in den ersten Dienstaltersstufen stehenden —in Lübeck jedoch nicht vorhanden — Beamten der Besoldungsgruppe A 1, deren Diensteinkommen (Grundgehalt und Ortszuschlag) die Summe von 10 000 Mk. nicht erreicht, eine Erhöhung ihrer jährlichen Gesamtbezüge um 2000 Mk. oder vierteljährlich um 500 Mk. erhalten. Die gleiche Erhöhung der Dienstbezüge, wie sie für die planmäßigen Reichsbeamten eingetreten ist, ist im allgemeinen auch für die bei den Reichsbehörden beschäftigten Angestellten erfolgt, nur sind für diejenigen Angestellten, die infolge ihres jugendlichen Alters noch nicht die vollen Bezüge erhalten, geringere Erhöhungen des Teuerungszuschlages festgesetzt worden. Der Teuerungszuschlag der Pensionäre und Hinterbliebenen der Reichsbeamten wurde ebenfalls neu geregelt und zwar auf Grund der Bestimmungen des Reichs-Pensionsergänzungsgesetzes vom 21. Dezember 1920, wonach den Pensionären und den Hinterbliebenen die Hälfte des den aktiven Beamten zu ihrem ruhegehaltsfähigen Diensteinkommen zustehenden Teuerungszuschlages gewährt wird. Lübeck wird sich der im Reiche vorgenommenen Erhöhung der Teuerungszuschläge anschließen müssen. Die durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge entstehenden Kosten sind auf 6 000 000 Mk. jährlich veranschlagt worden, also für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis zum 31. März 1922 auf 1 500 000 Mk. Nach einer in der Sitzung des Reichsrats vom 19. Januar 1922 abgegebenen Erklärung ist damit zu rechnen, daß das Reich die durch die Erhöhung erwachsenden Kosten ersetzen wird. Der Senat stellt eine entsprechende Vorlage zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Fortgesetzte Preissteigerungen. „Wir befinden uns erst am Anfang der großen Teuerung" sagen viele Geschäftsleute und glauben auf Grund dieser Behauptung das Recht zu haben, die Warenpreise von heute auf morgen in die Höhe zu setzen. Wohl gibt es einige Händler und Kaufleute, die reell sind und die Preise der alten Sendungen nicht heraufsetzen. Die meisten aber handeln anders, sie nehmen, was sie irgendwie erhalten können. Der Handel sollte wirklich ein wenig vernünftiger sein, wenn er sich nicht in Mißkredit bringen will. Die ewige Redewendung: ja, das ist eine neue Sendung, glaubt nun einmal die Hausfrau nicht mehr. Sie können es nicht begreifen, daß ein berechtigter Grund vorliegt, wenn Ware, von denen oftmals größere Vorräte vorhanden waren, am nächsten Tage plötzlich um mehrere Mark teurer geworden sind. Heute kostet ein Pfund Schmalz bereits bis zu 36 Mk.; Butter mehr als 50 Mk., Die Käsepreise ziehen gewaltig an und die Preise für Fleisch und Wurst sind unerschwinglich. Daß die Kartoffeln in dieser kalten Zeit knapp sind, ist zu verstehen, da sich die Bauern fürchten, die Gruben aufzumachen. Diese Tatsache darf aber kein Anlaß zum Wucher sein. Für Sauerkraut werden schon 2,50 Mk. für das Pfund verlangt. Derselbe Preis wird gefordert für ein Pfund Weißkohl; Rotkohl kostet das Pfund 3 Mk., wenn man solchen überhaupt findet. Außer diesem Gemüse ist auch nichts Gescheites auf dem Gemüsemarkt zu haben. Tadellose, aber unbezahlbare Aepfel und Apfelsinen bieten sich in großen Mengen an. — Seefische kosten per Pfund 7 und 8 Mk., Flußfische sogar bis 20 Mk. Ungeheure Preise und Preissteigerungen überall. Wie soll das enden, und was soll werden, wenn die Preise in diesem Tempo weiter steigen.

Ein nobles Geschenk. Wir geben kritiklos folgendes Schriftstück wieder:

Lübeck, den 31. Januar.

An den Güterbodenarbeiter Herrn M.

Lübeck.

Wir haben beschlossen, Ihnen in Anbetracht Ihrer langen Dienstzeit und Ihrer schweren Erkrankung eine einmalige Unterstützung von 80 Mark zu bewilligen.

Der Betrag kann bei der Hauptkasse in Empfang genommen werden.

Die Direktion:
(Name unleserlich.)

Es handelt sich um die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft, bei der der Mann 48 Jahre tätig gewesen ist.

Der Geschäftsbericht der Kreditbank Lübeck verzeichnet für 1921 eine günstige Entwicklung. Der Geschäftsverkehr, namentlich der Kasse, nahm sehr zu. Die Anforderungen konnten alle befriedigt werden. Dabei ist die Bank ihrem Grundsatz treu geblieben, nur soweit Kredite zu bewilligen, als es die eigenen Mittel erlaubten. Um die eigenen Mittel zu stärken, wird der Generalversammlung vorgeschlagen, die Zahl der Geschäftsanteile von 3 auf 5 zu je 1000 Mk. zu erhöhen. Die Dividenden von Genossenschaftsanteilen sind kapitalertragssteuerfrei. Die für sämtliche Anteile zu zahlenden Eintrittsgelder will man in Zukunft fallen lassen. Das beläuft sich auf 268 862,61 Mk. Es wird vorgeschlagen, den größten Teil desselben den offenen Reserven zuzuschreiben, 7 Prozent Dividende zu verteilen und auf Grundstücke und Gebrauchsgegenstände größere Abschreibungen zu machen. Die offenen Reserven werden sich alsdann auf 450 000 Mk. belaufen, die Unterstützungsrücklage auf 50 000 Mk. Das eigene Vermögen der Genossenschaft stellt sich dann auf 2 101 018,05 Mark. Die Bilanzsumme beträgt 14 850 303,97 Mk. Der Gesamtumsatz stellt sich auf 401 783 203,58 Mk. Die Gläubiger in laufender Rechnung haben ganz wesentlich zugenommen, während die Spareinlagen etwas zurückgegangen sind. An festen Hypotheken sind noch 827 115 Mk. zu verzeichnen. Sie werden im Laufe des neuen Geschäftsjahres weiter erheblich zurückgehen. Die Unkosten betragen 379 109,07 Mk. Sie werden wohl im neuen Jahr infolge der Geldentwertung weiter steigen. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahr auf 1967 hinaufgegangen. Die Haftsumme derselben beträgt 3 858 000 Mk.

Zur Vereinigungsfrage von Stadt und Provinz Lübeck.

Man schreibt uns u. a.: Die Schwartau-Rensefelder Zeitung brachte wieder zwei Artikel, die sich mit der Vereinigungsfrage beschäftigen und mehr oder weniger heftig gegen Lübeck Partei nehmen. Der erste Aufsatz, von der deutschnationalen Agitatorin Frau Voß-Zietz verfaßt, trägt derartig das Gepräge kleinlicher Parteiverhetzung, daß er sich von selbst richtet. Durch solche von Haß getragenen Artikelchen wird Deutschland nicht aufgebaut.

Anders liegt der Fall bei dem zweiten Artikel, der von dem Schleswig-Holsteinischen Ausschuß für das Fürstentum Lübeck unterzeichnet ist.

Groß-Lübeck? In ganz Lübeck ist von einem „Groß-Lübeck" nichts bekannt, ebenso von Annexionsgelüsten der Lübecker auf das Fürstentum Lübeck. In Lübeck ist nur eine Vereinigungsbewegung von Lübeck und den benachbarten Landesteilen bekannt und die entspricht einem dringenden Bedürfnis.

Der Schleswig-Holsteinische Ausschuß für das Fürstentum Lübeck verkennt die Probleme, die bei den Neugliederungsbestrebungen in den Wirtschaftsgebieten der Hansestädte vorliegen. Lübeck und Hamburg werden Kleinstaaten genannt, das sind sie aber keinesfalls; nicht nach dem Landesgebiet müssen die deutschen Staaten eingeschätzt werden, sondern nach ihrer Bedeutung für die Volksgesamtheit. Die hansischen Staaten sind die einzigen Organe, die das Reich mit der Weltwirtschaft verflechten, deshalb liegt die Stärkung derselben im Reichsinteresse und ist keine Vermehrung der Kleinstaaterei.

Der Landmann in der Provinz Lübeck wird kühl und ruhig überlegen, ohne der Verhetzung sein Ohr zu leihen. Wenn er das getan haben wird, wird er auch erkennen, daß gerade eine See- und Handelsstadt wie Lübeck für ihn das beste ist. Denn ohne den Landmann kann auch eine See- und Handelsstadt nicht leben, sie befindet sich stets in einer Abhängigkeit von ihm, die es ihm ermöglicht, seine Interessen wahrzunehmen. Der beste Beweis hierfür ist die Landwirtschaft im Staate Lübeck.

Schöffengericht.

Wegen Betruges und Unterschlagung stand am Donnerstag der Kaufmann H. vor dem Schöffengericht. Ihm war ein Grundschuldbrief der Frau B. in Höhe von 15 000 Mk. zur Beschaffung von baren Geldmitteln anvertraut worden. Der Angeklagte verpfändete diesen Brief auf seinen Namen bei einer hiesigen Bank, bei der er ein Konto und Schulden hatte. Die Bank übernahm den Grundschuldbrief als Sicherung für ihre Forderungen an H. und gab darauf weitere Gelder her. Das Gericht verurteilt den Angeklagten wegen Veruntreuung zu 4 Monaten Gefängnis. — Eine Maklerdeschichte. Der Makler K. hatte von dem Makler P. erfahren, daß in Schlagsülsdorf eine Landstelle zu verkaufen sei. Es wurde zwischen beiden vereinbart, nach erfolgtem Verkauf die Provision, welche 2 Prozent des Kaufpreises betragen sollte, unter sich zu teilen. K. ging aber zu dem Makler Sch., der einen Käufer für die Stelle hatte und nun wurde der Verkauf hinter dem Rücken des Maklers P. abgeschlossen. Die Provision, welche 22 500 Mk. betrug, teilten K. und S. unter sich. Als P. später von dem Verkauf erfuhr, forderte er von K. die vereinbarte Provision, die dieser aber nicht zahlen wollte. Als alle Bemühungen zur Erlangung der Provision fehlschlugen, machte P. Anzeige bei der Polizei. Der Angeklagte will nicht durch P., sondern durch eine andere Person von dem Verkauf des Grundstücks Kenntnis erhalten haben und P. daher keine Provision schulden. Der Statsanwalt hielt Betrug für vorliegend und beantragte 2000 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte aber auf Freisprechung, da es Betrug nicht für erwiesen hielt. — Unterschlagung von Briefmarken. Der Malergehilfe G. sollte während der Nordischen Woche eine Briefmarkensammlung des Kaufmanns J. von Travemünde nach Lübeck bringen. Der versiegelten Sammlung entnahm G. einige Marken, wovon er 8 pro Stück für 50 Mk. verkaufte. Er war daher wegen Unterschlagung angeklagt. Der Beschuldigte gibt an, daß er sich die Marken wegen einer Forderung an J. angeeignet habe. Den Wert der unterschlagenen Marken schätzt der Geschädigte auf etwa 12 000 Mk. Von einem Sachverständigen wird dieser Wert aber als viel zu hoch angegeben. Das Urteil lautete gegen G., der vorbestraft ist, auf 1 Monat Gefängnis oder 1500 Mk. Geldstrafe. — Bestechungsversuch beim Wohnungsamt. Die Ehefrau S. hatte im Oktober v. J. dem

---

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

20. Fortsetzung.

In Bernhards Seele ward es ruhiger; die frühere Stille seines Gemütes voll Ergebung, voll Glauben und auch voll jenes vergeistigten Aberglaubens, der in allen tieferen Charakteren irgendein Fleckchen findet, wo er Wurzeln schlagen und seine seltsamen lianenhaften Ranken treiben kann, kehrte in ihm zurück. Nach und nach erfüllte ihn seine eigne unreife und kindische Philosophie, die ihm eben noch mit den zornigen Tränen, die er nicht weinen konnte, die Brust zu zersprengen gedroht hatte — mit demselben Ekel, den er vor allen früheren Gegenständen seiner liebsten Gedanken gefühlt hatte, als sie ihn beherrschte. Er saß eine Zeitlang, die Stirn in seine Hand stützend; dann schloß er die Augen, legte den Kopf auf die Lehne der hölzernen Bank zurück und seufzte kaum vernehmlich: „O Licht! o Liebe! o Licht!"

Er mochte eine Stunde so gelegen haben, als er sich von einem warmen Atem angehaucht fühlte. Als er emporfuhr, sah er eine Gestalt einige Schritte weit von ihm sich bewegen, die jetzt näher trat: „Herr Bernhard," sagte sie, „die Mutter schickt mich, nachzusehen, wo Ihr so lange bleibt."

„Lene, Mädchen, bis du da?"

„Es ist spät, Herr," versetzte Lene mit einiger Bewegung in ihrer Stimme; „Eu'r Essen wird kalt."

„Standest du eben nicht dicht neben mir?"

„Wer, ich?" sagte sie und sprang ohne weitere Antwort den Bergpfad hinab.

Bernhard folgte ihr schweigend. Als sie einige hundert Schritt gegangen waren, sahen sie am Eingange eines kleinen Fichtengehölzes, durch das der Fußweg führte, einen Menschen auf einem gefällten Stamme sitzen.

„O Gott!" schrie Lene leise auf und blieb stehen.

„Was ist dir, Lene? fürchtest du dich?"

„O nichts, Herr," sagte sie und schritt zögernd hinter Bernhard her. Der Fremde blieb ruhig sitzen, als sie an ihm vorüber gingen, und murmelte ein tonloses „guten Abend". Soviel Bernhard erkennen konnte, war es eine etwas zigeunerhafte Figur.

„Wo bleibt ihr beide so lange draußen?" sagte Frau Margret, die in dem Gärtchen vor ihrem Hause auf einem Feuerstübchen hockte und in den mondhellen Abend hinaus schaute. „Mußtest du dich auch draußen umhertreiben in dieser Nachtstunde, Lene?"

„Ich sollte ja gehen und nachsuchen, wo Herr Bernhard so lange bleibe," sagte Lene und ging rasch, ohne eine Antwort abzuwarten, ins Haus.

„So? davon weiß ich nichts!"

„Aber, Mutter, denkt Ihr denn gar nicht an die kühle Nachtluft. Wir sind weit im Herbst und der Mondschein hat Euch nie gut getan," sagte Bernhard und faßte die Mutter am Arm, um ihr das Aufstehen zu erleichtern.

„Ich wollte sehen, wo ihr bliebet," versetzte Margret; „es wurde mir auch so wunderlich zumute allein im Hause."

Er nahm das Feuerstübchen auf und sie schritt, von ihm unter dem Arm gefaßt, der Haustür zu.

„Habt ein Aug' auf Lene, Mutter," sagte Bernhard leise; „es saß unterwegs ein Mensch unter den Fichten, der mir wie ein Scherenschleifer vorkam; sie schien ihn zu kennen."

„So, ist das Gesindel wieder da? Nun, ich will sie schon hüten."

Lene war die Tochter eines Scherenschleifers, das heißt, sie gehörte einem Volksstamme an, der sich damals vagabundierend viel in Westfalen umhertrieb und denselben Erwerb hatte wie die Zigeuner, mit welchem Volke er verwandt schien, obwohl ein weniger schmutziges, auch minder fremdartiges und orientalisches Aeußere ihn vorteilhaft von demselben unterschied. Man nannte sie Scherenschleifer, weil die Männer, wenn sie wegen eines Diebstahls oder wegen unverschämter Bettelei zur Untersuchung gezogen wurden, behaupteten, in irgendeinem Winkel der Welt einen Scherenschleiferkarren stehen zu haben, mit dem sie ihren Unterhalt suchten und auch einige wenige in der Tat ein solches Gerät mit sich führten. Sie waren, wie gesagt, reinlicher und anständiger als die Zigeuner, ihre Gesichtsfarbe, wenn auch dunkler als die der Landeseinwohner, doch weniger kupferbraun als die jener; ihre Tracht unterschied sich von der der Bauern durch größere Nettigkeit; die Männer waren kenntlich an Jacken mit zwei Reihen dicht aneinander gesetzter kugelrunder Silber- oder häufiger Zinnknöpfe. Sie lebten unter einem, ich weiß nicht, ob gewählten oder durch Erbfolge eingesetzten Oberhaupt, das die Bauern den Heidenküster nannten und der regelmäßig der pfiffigste und verschlagenste Bursche war, der je Handschellen getragen hat, verwegen und tollkühn, daß alle Bauern seinen Requisitionen an Lebensmitteln und Geld sich schweigend unterzogen, und die damals durch Armenvögte ausgeübte Polizei sich wohl hütete, ihm in den Weg zu kommen. Er war zugleich der Oberpriester des Stammes und gab zum Beispiel den nach Belieben wieder auflösbaren Ehen seine Sanktion, indem er das Brautpaar über seinen ausgestreckten Stab springen ließ. Jetzt ist dieser Stamm fast ausgestorben und niemand hat es der Mühe wert gehalten, über ihre religiösen Ansichten und über ihre Sprache sichere Notizen zu sammeln. Ich erinnere mich nur noch, daß ihr letztes Oberhaupt den romantischen Namen Baromartho führte.

Lene war die Tochter eines solchen Scherenschleifers, der vor ihrer Geburt auf eine gehaltsame Art ums Leben gekommen war. Ihre Mutter hatte oft Wohltaten von Frau Fahrstein empfangen und als sie auf dem Boden eines Schafstalls auf offener Heide im Sterben lag, einem Paar vorübergehender Bauersleute aufgetragen, ihr achtjähriges verlassenes Kind der Frau Fahrstein zu bringen; die werde sich ja wohl seiner erbarmen, auch wenn sie keine Lust dazu gehabt hätte. Aber das Mädchen war hübsch, anstellig und versprach eine geschickte und tätige Gehilfin zu werden. So zog Margret sie denn groß, hatte nun und dann auch wohl einen kleinen Aerger an ihr, wenn Lene zum Beispiel laut aufjauchzend jeder Vagabundenschar entgegenlief, die sie von fern über Land ziehen sah, oder wenn sie über irgendeinen Anlaß so in Zorn geriet, daß die kleine Heidenrange blau und rot im Gesicht ward, war aber im ganzen mit ihrer Adoption sehr zufrieden. Margret führte eine strenge und scharfe Zucht; doch als sie herangewuchs, bedurfte Lene dieser nicht mehr; sie ward stille und in sich gekehrt, machte mit einer großen Leichtigkeit und Raschheit ihre Geschäfte ab, wie sie auch in der Schule allen andern Kindern zuvorgekommen war, und gab Margret nie den geringsten Anlaß zur Klage mehr. Sie mochte jetzt zwanzig Jahre alt sein und war nicht sehr groß geworden, aber so hübsch, daß alle Dorfschönheiten mit großer Befriedigung sahen, wie sie sich nie in ihre Kreise mischte und von allen Tänzereien, Hochzeiten und andern Zusammenkünften fern blieb. Die jungen Bursche machten still ein Spalier, wenn sie aus der Kirche kam, um geradeswegs wieder nach Hause zu gehen. Keiner hatte recht den Mut sie anzureden; sie konnte so verzweifelt stolz mit ihren kohlschwarzen, schmalgeschlitzten Augen drein funkeln; erst wenn sie die Klinke des Kirchhofpförtchens schon in der Hand hatte, ließen sie ihren witzig sein sollenden Bemerkungen über jene freien Lauf. Woher sie den großen, zigeunerhaften Mann kennen könne, der am Eingange des Fichtenwäldchens saß, begriff Bernhard nicht; freilich, er konnte sich auch geirrt haben und ihr leiser Schrei nur der einer unwillkürlichen Furcht gewesen sein. Aber einige Tage nachher, als er noch sehr spät in seinem Zimmer über seinen Büchern saß, sah er plötzlich einen langen Schatten an der Wand ihm gegenüber auftauchen und rasch entlang gleiten. Er fuhr auf, öffnete das Fenster und steckte den Kopf ins Freie; an der andern Seite des Hauses klirrte ebenfalls ein Fenster, nur Lenes Kammer lag dort hinaus. Bernhard sprang nun über die niedere Brüstung in den Baumhof und schritt um die Hausecke; aber alles war still hier und das Geräusch, das er vernommen, schienen die Aeste der Apfelbäume gemacht zu haben, die dicht am Hause standen und sich im Nachtwinde bewegten; sie waren wahrscheinlich mit den Spitzen der Zweige an die Scheiben gefahren.

(Fortsetzung folgt.)

Leiter des Wohnungsamtes wegen Rückgängigmachung eines Vertrages über die Beschlagnahme einer Wohnung 500 Mk. angeboten. Der Beamte lehnte die Annahme dieses Geldes ab. Gegen Frau S. wurde Anklage wegen Bestechungsversuchs erhoben. Der Staatsanwalt fordert im Allgemeininteresse eine scharfe Bestrafung und beantragte 2 Wochen Gefängnis und Umwandlung dieser Strafe in 1400 Mk. Geldstrafe. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 1000 Mark. — Kaninchenliebhaber. Der Arbeiter W. und der Schiffsjunge G. gingen eines Abends vor dem Holstentor auf Raub nach Kaninchen aus. Sie erbeuteten insgesamt 9 Tiere, die sie in einen Sack steckten und nach einem im Hafen liegenden Schiff brachten. Auf dem Transport waren 5 Kaninchen bereits erstickt. W., der erheblich vorbestraft ist, erhielt 1 Jahr Gefängnis. G. kam mit 6 Wochen Gefängnis davon. — Nette Gäste. Der Artist Sch. hatte sich mit einer Frau M., die er als seine Schwester ausgab, in einer hiesigen Wirtschaft einquartiert. Beide waren ohne Geldmittel, hielten aber, als sie zur Zahlung aufgefordert wurden, den Wirt durch allerlei schöne Versprechungen hin. Das in Aussicht gestellte Geld traf nicht ein, denn alle diese Angaben erwiesen sich später als falsch. Beide wurden wegen Betruges bestraft. Sch. zu 2 Monaten und die M. zu 1 Monat Gefängnis. — Des Betruges schuldig gemacht hat sich der mehrfach vorbestrafte Gastwirt B. aus Hamburg. Er hatte sich in Reinfeld eine Wirtschaft gekauft und der Verkäuferin 12 500 Mk. für angebliche Reparaturen am Hause abgeschwindelt. Weiter hatte er auch erklärt, daß ihm die Konzession bereits zugesprochen sei. Alle diese Angaben waren Schwindel. Urteil: 3 Monate Gefängnis.

Der Winter

macht noch keine Anstalten, ein milderes Gesicht zu zeigen. Wird die Kappe am Tage einmal etwas gelüftet, kommt gegen Abend gleich wieder ein kalter Luftzug und zwingt das Quecksilber in die Tiefe. In der Freitagnacht waren vor den Toren etwa 10 Grad Kälte zu verzeichnen, die sich heute früh um einige Grade verminderten. Da sich der Wind von Osten nach Norden drehte, ist Aussicht vorhanden, daß die eisige Kälte nicht allzu lange anhält. Das wäre nur zu wünschen, denn Holz und Kohlen sind knapp und sehr teuer. Mit Sorgen schaut so mancher in die Zukunft und fragt, was werden soll. Der Jugend freilich, die sich über vieles hinwegsetzt, paßt Frost und hin und wieder eine neue Schneeschicht ganz gut, um sich abwechselnd auf der Eisbahn oder der Rodelhalde nach Herzenslust auszutoben. Gönnen wir ihr das gesunde Vergnügen. Schlimm bestellt für alle aber wäre es, wenn sich zu den strengen, in alten Chroniken verzeichneten Wintern auch der unserige hinzugesellen würde. Denn wie geschrieben steht, waren die Winter der Jahre 1292, 1399, 1460 und 1494 so strenge, daß lange Zeit Wege über das Eis von Deutschland nach Dänemark bestanden. 1323 und 1423 ritt man von Lübeck über die gefrorene Ostsee nach Danzig (?) und übernachtete in Hütten, die auf dem Eise aufgeschlagen wurden. Im Januar 1346 herrschte eine so grimmige Kälte, daß viele Leute im Freien tot aufgefunden wurden. 1740 erfroren in den Gräben selbst die Aale, zwölf Wochen lang fuhr man von der Insel Sylt über das Eis nach dem Festlande. 1770 hielt die strenge Kälte bis in den Juni hinein an. Im April 1845 sperrte das Eis noch die Elbschiffahrt. Im Mai 1442 hingen noch die Eiszapfen an den Häusern. 1585 hielt eine große Kälte bis zum Pfingsttage, 30. Mai, an. 1707 dauerte der Winter bis Ende April, es fror ununterbrochen 24 Wochen. Am 12. Juni 1740 froren die Gräben noch dicht zu. 1845 trieben in der Ostsee im Monat Juni noch Eisschollen. Vom 18. Oktober 1509 bis 9. Februar 1510 herrschte ununterbrochen Frost. 1569 fror es 22 Wochen lang ohne Pause. Am 25. Januar 1346 herrschte eine furchtbare Kälte, um die Sonne erschienen wunderbare Kreise. In den Wintern 1398 und 1497 ging man über die Ostsee von Lübeck nach Stralsund und von dort nach den dänischen Inseln. 1494 reiste man zu Fuß von Deutschland über die gefrorene Ostsee nach Schweden. 1503 erstarrten die Vögel in der Luft und fielen tot auf die Erde. Mitte Mai 1600 fror es noch so stark, daß Pferde und Rinder aus Mangel an Futter eingingen.

Briefpost nach Amerika im Februar. Briefpost nach den Vereinigten Staaten von Amerika geht im Februar am 7. von Bremerhaven, 8. von Southampton, 9. von Hamburg, 11. von Liverpool und Bremerhaven, 15. und 18. von Southampton, 21. von Rotterdam und Bremerhaven, 23. von Hamburg. Ueber die fremden Häfen gehen nur Briefe, Postkarten, eilige Drucksachen, politische Zeitungen und Geschäftspapiere. Die Ueberfahrt dauert von dort nach Neuyork 7 bis 9 Tage, von Bremerhaven 11 bis 13, von Hamburg 10 bis 12 Tage. Schlußzeit ist für Southampton und Liverpool in Hamburg beim Postamt 1 3 Tage vorher 10 Uhr abends, für Bremerhaven am Tage vorher in Hamburg 12 Uhr mittags, in Bremen an demselben Tage 3 Uhr vormittags.

Ueberseeische Pakete im Februar. Postpakete nach fremden Ländern gehen von deutschen Häfen im Februar nach den Vereinigten Staaten von Hamburg am 9., 11., 15., 16., 23 und 25.; nach Aegypten von Hamburg am 10., 20. und 28.; nach Argentinien und Bolivien am 2., 9., 15., 16., 18., 23. und 28.; nach Chile und Ecuador von Hamburg am 17., von Bremen am 8. und 22.; nach Finnland von Lübeck am 11., 18. und 25.; nach Griechenland von Hamburg am 10., 20. und 28.; nach Großbritannien am 7., 9., 11., 14., 16., 18., 21., 23., 25. und 28.; nach Guatemala Haiti am 10.; nach Japan von Bremen a m28.; nach den Kanarischen Inseln von Hamburg am 10., 15., 20. und 25.; nach Kolumbien am 17.; nach Madeira am 10. und 25.; nach Mexiko am 10. und 25.; nach Nicaragua, von Hamburg am 17., von Bremen am 14.; nach Paraguay von Hamburg am 9., 15., 16., 18., 23. und 28.; nach Peru von Hamburg am 17., von Bremen am 8. und 22.; nach Portugal von Hamburg am 10., 20. und 30.; nach Spanien am 15.; nach Uruguay am 9., 16., 18. und 28.; nach Venezuela am 17.

In das Handelsregister wurde am 1. Februar 1922 eingetragen: 1. die Firma Götz & Schmidt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Lübeck. Lübeck: Gegenstand des Unternehmens: Anfertigung und Vertrieb von kunstgewerblichen Gegenständen jeglicher Art, insbesondere von Holzlampen. Stammkapital 20 000 Mark. Geschäftsführer: Hans Wilcken, Kaufmann in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. — 2. die Firma F. Haase-Rybnik Lederfabrik Aktiengesellschaft. Lübeck (früher Berlin): Gegenstand des Unternehmens: Errichtung und Betrieb einer Lederfabrik in Lübeck als Fortsetzung des früher in Rybnik betriebenen Unternehmens. Das Grundkapital betrug bisher 2 000 000 Mk. Die Generalversammlung vom 8. Dezember 1921 hat beschlossen, das Grundkapital um 1 000 000 Mk. zu erhöhen. Diese Erhöhung des Grundkapitals ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr 3 000 000 Mk.

ph. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Oppeln, der in dem dringenden Verdacht steht, in letzter Nacht in der Wahmstraße die Schaufensterscheibe eines dortigen Geschäftes zertrümmert und durch das entstandene Loch eingestiegen zu sein, um dort Waren zu stehlen. Als der Einbruch bemerkt und der Laden durchsucht wurde, fand man den Festgenommenen unter dem Ladentisch versteckt, und ein Packen zusammengeschnürter Waren vor, die er hatte stehlen wollen. — Festgenommen wurde ferner ein 20jähriger Arbeiter, gegen den seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft Haftbefehl wegen Betruges und Unterschlagung vorlag.

ph. **Diebstahl.** Einem in der Pelzerstraße wohnhaften Buchdrucker sind in der Nacht zum 2. Februar aus seinem verschlossenen gewesenen Stall 4 Hühner gestohlen worden.

ph. **Die Zopfabschneiderin.** In Ratzeburg sollte angeblich ein Zopfabschneider aufgetreten sein, der einem Mädchen den Zopf abgeschnitten und ein anderes 16jähriges Mädchen auf offener Straße überfallen und ihm Geld gestohlen haben sollte. Zur Ermittelung begaben sich zwei Beamte der hiesigen Kriminalpolizei nach Ratzeburg. Beiden Beamten gelang es bald, Aufklärung über die mysteriöse Angelegenheit zu schaffen. Es stellte sich heraus, daß sowohl die Anzeige über den abgeschnittenen Zopf sowie auch der angebliche Raubüberfall fingiert waren. Im ersteren Falle hatte sich das Mädchen selber mit einer vom Scherenschleifer geholten Schere den Zopf abgeschnitten, wahrscheinlich, um sich in den Augen ihrer Umgebung interessant zu machen. In letzterm Falle sollte die Anzeige über den Raubanfall als Mittel zum Zweck dienen, weil es dem Mädchen nicht paßte, den von ihr täglich zu gehenden weiten Weg weiter zu gehen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Großes Sinfonie-Konzert (Morgenfeier) am Sonntag 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. Jedem Musikfreund wird hier ein Genuß geboten, der sich kaum beschreiben läßt. Ein Tonkörper von so gewaltiger Größe bringt Wirkungen hervor, die an Offenbarung erinnern. Die C-Moll-Sinfonie eignet sich ganz besonders für ein Riesenorchester und die sinfonische Dichtung „Tod und Verklärung" verlangt es einfach. Zur Erklärung dieses Werkes ist auf der Rückseite des Programms ein Gedicht abgedruckt, das unbedingt vom Hörer gelesen werden sollte. Die Tannhäuser-Ouvertüre mit dem mächtigen Schluß beendet die Morgenfeier. Da nur noch ein Konzert in diesem Rahmen gegeben wird, steht zu erwarten, daß das Konzert ausverkauft wird.

Stadttheater. Auf die am Sonntag vormittag stattfindende interessante Morgenfeier sei besonders hingewiesen. Desgleichen auf das einmalige Gastspiel von Lisa Ludewigs-Korte als Senta im „Fliegenden Holländer". Die Titelpartie singt Herr Bärenweft, Musikalische Leitung: Wolfgang Martin. Im Dienstag-Abonnement wird „Carmen" wiederholt. Mittwoch wird auf vielfachen Wünschen außer Abonnement zum letzten Mal „Peer Gynt" wiederholt.

Der Verein der Vogelliebhaber Lübecks hält seine große Vogel-Ausstellung vom 4. bis 6. Februar im Turnerschaftsheim ab.

St.-Annen-Museum. Aus dem Vermächtnis der Frau Senator Poeschel sind dem Museum zwei Bilder von besonderer Bedeutung zugefallen. Zunächst ein Hauptwerk des Lübecker Malers Hans Kemmer, Schüler des Lucas Kranach, „Christus und die Ehebrecherin", datiert 1530. Dann eine Bildnisstudie Bismarcks von Franz v. Lenbach.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Verkehrsnot. Was Jahrzente hindurch der Stadt Hamburg nicht widerfahren ist, das ist nun zur Tatsache geworden. Während einerseits Hamburg bekanntlich von allem Eisenbahnfrachtverkehr völlig abgeschnitten ist, sorgt ferner eine dicke Eiskruste auf sämtlichen Fleeten und Kanälen dafür, daß auch die Speicher und Lagerhäuser vom Wasserverkehr völlig abgeschnitten sind. Ganz besonders schlimm steht es mit der Kohlenversorgung; die Kohlengroßlagerplätze an den Kanälen können jetzt mühsam nur wenige Fuhren täglich herankommen. Ober- und Unterelbe sind durch eine geschlossene starke Eisdecke völlig abgesperrt; auf der Unterelbe wird nur mühsam eine schmale Rinne durch die stärksten Eisbrecher für den Seedampferverkehr offen gehalten. Die Elbmündung ist durch schweres Treibeis nahezu blockiert. — Flughilfeverkehr zwischen Hamburg und Berlin. Für die Zeit des Eisenbahnerstreiks werden in beschränktem Umfange zur dringenden Personen- und Postbeförderung Flugzeuge in den Verkehr gestellt. U. a. wird mindestens jeden zweiten Tag eine Flugverbindung zwischen Berlin—Hamburg bestehen.

Plön. Opfer des Eises. Der 37jährige Hilfsschaffner Hermann Günther vor hier, der auf dem Heimweg vom Dienst über den Schöhsee ging, brach ein und ertrank. Der Verunglückte hinterläßt Frau und drei Kinder.

Oldenburg. Der oldenburgische Landtag hielt Mittwoch seine zweite Sitzung ab. Die vom Reichsminister geforderte Aenderung des Volksschullehrer-Diensteinkommensgesetzes wurde angenommen. — Die Hebammenunterstützung in der Provinz Lübeck wird von 600 auf 1800 und von 800 auf 3000 Mark erhöht. Weiter stand der Entwurf eines zweiten Landesbrandkassen-Teurungsgesetzes zur Beratung. Es handelt sich dabei um die Wiedereinführung des alten Grundsatzes der oldenburgischen Brandkassen, die Gebäude zwangsweise nach ihrem ortsüblichen Bauwert zu versichern. — Die Tagegelder der Abgeordneten werden auf 90 Mark festgesetzt, mit einem Zuschlag für die Abgeordneten des Landesteiles Lübeck und Birkenfeld von 35 Mark. Reisetagsgeld 70 Mark. — Die Geschäftsergebnisse der Nahrungsmittelzentrale, die ein Defizit von 1 149 996 Mark aufwiesen, werden genehmigt. — Beantragt wird, die Stadt Varel in die Ortsklasse B einzustufen. — Der Landtag billigt den Erwerb von 2852 Aktien der Oldenburgischen Landesbank à 1000 Mark zum Kurse von 200 Prozent mit 5 557 040 Mark. — Der Voranschlag der Staatsgutkapitalienkasse für Lübeck und Birkenfeld wird genehmigt; desgleichen die Stelle des dritten Staatsanwalts beim Landgericht Lübeck.

Das kommende Reichsmietengesetz.

Keine Erfüllung, sondern eine Enttäuschung und Herausforderung der Mieterschaft.

Von Rich. Mauermann, Lübeck.

Mieter, reibt euch den Schlaf aus den Augen! Wachet auf! Es ist die höchste Zeit! Oder wollt ihr ein dummer Michel sein, der seine Backen rechts und links zum Schlagen reicht und — plärrt? 93 Prozent der Volksgesamtheit sind Mieter; da müßte die Erde vor Schreck wohl stille stehen, wenn der Mieter Wünsche und berechtigte Forderungen nur ein Fetzen Papier wären, gut für den Korb der Nichtigkeiten. Noch einmal, in letzter Stunde ruft es hell und laut durch alle Gassen, was ihr fordert, Mieter! Und euer Ruf muß, wie ein schneidendes Schwert, die Luft durchsausen, und der Wind trage euren Schrei über Berg und Tal zu denen, die ihn hören sollen und müssen. Die Mieterschaft fordert von dem kommenden Reichsmietengesetz:

Wille und Erfolg!

Der starke Wille gehört zweifelsohne mit zu den wertvollsten Vorzügen eines Menschen, ist aber verhältnismäßig selten zu finden. Wohl zeigt sich so häufig im Leben das Beispiel jener Menschen, denen es durchaus nicht an glänzenden Gaben mangelt, die dabei auch durchaus etwas Tüchtiges gelernt haben, die aber doch eins nicht können, nämlich ernstlich zu wollen, ihren ganzen inneren und äußeren Menschen zusammenzureißen, die daher trotz ihrer offenbaren Vorzüge dennoch nicht vorwärts kommen. Umgekehrt kennen wir alle sicher wieder Menschen aus unserem eigenen Erfahrungskreise, die trotz ihrer nur geringen Begabung und unter durchaus schwierigen Verhältnissen dennoch hochgekommen sind, weil sie es verstanden haben, sich ein bestimmtes, erreichbares Ziel zu setzen und zur Erlangung dieses Zieles alle ihre Kräfte dauernd anspannen. Das oberflächliche und gedankenlose Urteil rechnet in solchen Fällen dann zwar oft mit Zufall, mit Glück oder Dusel, wer aber tiefer blickt, wird meist inne werden, daß Erfolg und Mißerfolg doch in der Regel in dem stärkeren oder schwächeren Willen begründet waren.

Der ganze Mensch steht und fällt tatsächlich mit seinem Willen. Es ist schade, wie viele Gaben und Kräfte in der großen Menschenwelt verloren gehen, weil sie von keinem großen, starken Willen geleitet und geführt werden. Es ist anderseits aber erfreulich, daß so viel gelitten und überwunden wird, was eben nur ein fester Wille fertig bringen kann. Handelt es sich um Großes oder Kleines, immer brauchen wir ein starkes Wollen. Damit lenken wir in der Tat unser Leben wie der Steuermann sein Schiff. Können wir unser Dasein auch nicht immer nach unserm Willen leiten, so doch jedenfalls sehr häufig. So will auch jener Satz verstanden sein: Jeder ist seines Glückes Schmied! Oder jener andere: Dir ist beschieden dein Geschick, doch selber kannst du's lenken! Es ist daher eine völlige Verkennung der Tatsachen, begründet in der eigenen Bequemlichkeit und Eitelkeit, wenn die Menschen ihre Erfolge und Mißerfolge in der Regel dem Zufall und dem Geschick zuschreiben, bei näherem Zusehen werden sie doch merken, daß die eigentlichen Ursachen im Menschen selbst, in seiner besonderen Persönlichkeit zu finden sind.

Der Begriff starker Wille bedarf noch einiger Erklärung. Er muß zunächst verbunden sein mit einer klaren Einsicht. Wer etwas bestimmt wollen will, muß sich doch erst klar darüber sein, was er eigentlich erstrebt. Er muß daher seinen Verstand gebrauchen, scharf nachdenken, die Verhältnisse, unter denen er lebt, überlegen, ruhig sondieren, den Begleitungen nachgehen, die Folgen in Betracht ziehen. Wer reiflich überlegt hat, der bei sich die erste Voraussetzung für den starken Willen geschaffen, der wird das erhebende Gefühl haben, daß es auch lohnt, zu wollen. Einsicht und Wille bedingen sich demnach. Im praktischen Leben bleibt eins ohne das andere fast wertlos. Zum zweiten gehört der Wille der Zähigkeit, der Beharrlichkeit und Ausdauer. Es fehlt nicht an Menschen, die sich dann und wann einmal zum starken Wollen aufschwingen, heute und morgen einen starken Anlauf nehmen, aber nicht aushalten. Es geht ihnen wie dem Gellertschen Jüngling! Sie wagen auf der Bahn der Tugend einen Schritt und sehen darauf nach ihren Lüsten und nehmen ihre Lüste mit. Beschwert mit solchen Hindernissen weicht bald ihr träger Geist zurück, und auf ein sinnloses Glück beflissen, vergessen sie die Müh um ein unendlich Glück.

Wer starken Willens werden will, der kann nicht immer Rosenpfade wandeln; er wird vielmehr in die Lage kommen, das Unangenehme zu lassen und das Unangenehme tun zu müssen. Ein starker Wille ist undenkbar ohne dauerndes Selbstbekriegen und -besiegen. Wer es nicht fertig bringt, auf eine augenblickliche Unbequemlichkeit, einen gerade lockenden Genuß mit Leichtigkeit um eines höheren Zieles willen zu verzichten, der wird kein Mann starken Willens werden. Zum dritten handelt es sich darum, daß unser starker auch ein reiner Wille sei. Gar oft macht man im Leben die Beobachtung, daß brutale Kraftnaturen, die sich über ihr Handeln keinerlei Gewissensregungen hingeben, als starke Willensmenschen angesehen und gefeiert werden. Solche Leute sind aber mit nichten unser Ideal. Sie bleiben einseitige Naturen, und ihr starker Wille ist bedenklich. Auch der stärkste Wille kann niemals los von der Bindung an die ewigen Sittengesetze, und erst durch die Moral kann er noch immer seine höchste Weihe finden. Das mag in der heutigen Zeit zu betonen wichtiger sein als je. Denn in der Gegenwart schwinden so leicht die ethischen Maßstäbe, und man glaubt nur zu leicht: Erlaubt ist, was gefällt, d. h. hier: was nutzt. Wer rücksichtslos Ellenbogen gebraucht und skrupellos über vernichtete Existenzen wegschreitet, der mag wohl auch zum materiellen Erfolg kommen; gewiß, aber glücklich kann er sich bei solcher Handlungsweise doch nimmer fühlen, ebenso, wie ihm die Anerkennung durch die Mitmenschen fehlen wird.

Der starke Wille, wie wir ihn im vorstehenden gekennzeichnet haben, ist im wesentlichen Sache der Erziehung, wenngleich er durch Anlage und Neigung freilich stark mitbestimmt werden kann. Sehr viel kommt es hierbei auf die Selbsterziehung an. Der starke Wille ist ja etwas, wozu das wirkliche Leben vielfach erst den Anstoß gibt, wozu keine Reize erst treiben. Für viele, denen die Ausbildungsmöglichkeiten nicht günstig waren, ist es ein Vorteil und gerechter Ausgleich, daß sie im Leben nachholen können, was ihnen die Jugend vorenthielt. Aber auch die planmäßige Erziehung unserer Jugend sollte mehr als bisher auf den starken Willen hinzielen. Heute und jüngst stand sie eben nicht noch im pädagogischen Kurse. Man nahm sich bislang nur Zeit für einen Kult des Geistes; Wissen und Verstehen waren die großen Triebfedern unserer Erziehung. Es wird daher Zeit, daß wir in unserer Schul- und Hauserziehung wieder umkehren, nicht eine Seite, sondern die extreme Vielseitigkeit im Auge fassen und besonders die starke Willenszucht betonen.

Man kann ein Thema wie das unsrige nicht verlassen, ohne des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit zu gedenken. Was ihm heute bitter nötig ist und was ihm mehr als alles andere fehlt, das ist ein starker, ein beharrlicher und reiner Wille. Es fehlt nicht an Führern, die das Recht erkennen und die die rechten Wege weisen. Die Rettung aber kann nur von dem Willen der Gesamtheit kommen. Erst müssen die Massen einmal die Notlage unseres Volkes klar begreifen, erst müssen sie den Willen, den festen dauernden Willen zur Kraftanspannung aufbringen, erst muß die tiefgesunkene Valuta unserer Moral wieder bedeutend steigen, dann, aber auch erst dann, wird die Rettung kommen. Ein starker Wille zeigt sich immer am deutlichsten in den Zeiten der Not, und so mag gerade die trostlose Gegenwart dazu angetan sein, die besten und tiefsten Kräfte unseres Volkes in einem starken Willen zusammenzufassen.

(Aus dem Mitteilungsblatt der Arbeiter-Jugend des Bezirkes Mecklenburg-Lübeck.)

Meine Jungen.

Von Rudolf Zwetz.

Ihr wollt die Jugend aufgeben? Bloß noch mit der Knute des Prügelpaukers von dazumal sei sie zu bändigen? Ist ja gar nicht wahr, daß sie innerlich faul und zerfallen sei! Gewiß, die häusliche Ordnung ist vielfach aus dem Gefüge gegangen, als der Vater fern war. Verwildert, flach, genußfroh, verlottert — so erscheinen sie, so geben sie sich — und: sind doch ganz anders! Habt ihr's noch nicht empfunden, welch ein Durst nach Schönheit, nach Frieden, nach dem Glanze eines anderen Himmels, nach Tiefe und Innerlichkeit sie beherrscht — und was für ein Drang nach Betätigung, nach Arbeit — jawohl, nach Arbeit! Nur in anderen Formen als bisher.

Das Leben drängt mit tausend neuen Erscheinungen auf sie ein. Nie — so scheint's — hat die Menschheit so schnell gelebt, ging alle Entwickelung so reißend hin wie heute. Und da sollten nicht neue Interessen aufschießen? Müßt sie bloß nicht totschlagen mit der Lehrplankeule! Sollen wir Lehrer denn ewig Sklaven des Stoffplans sein? Soll der Artikel 148 der Reichsverfassung eine Phrase bleiben? Wir sollen die zahllos aufsteigenden Fragen unserer Jungen nicht in besonderen Gesamtunterrichtsstunden befriedigen dürfen? Ich erhielt in einer Quarta in zehn Tagen zweihundertunddreiundachtzig Fragen: nach Fremdwörtern, nach technischen, naturwissenschaftlichen, erdkundlichen Dingen, nach Begriffen der Wissenschaft und der Politik. Und da soll ich mit einer erhobenen Geste: „Das versteht ihr noch nicht!" darüber hinweggehen? Warum fesselt man uns die Arme, wenn wir arbeiten wollen — im Sinne unseres Diensteides, des Eides auf die Verfassung?

1. daß es „obligatorisch" sei, d. h. für alle Mietverhältnisse gelte die gesetzliche Miete. Dem Wucher und der Zwangslage darf keine vereinbarte Miete eine Brücke bauen.
2. Die „Dreiteilung der Miete" in a(Grundmiete (Kapitalzins), b) dem Betrage zur Deckung der Betriebskosten, c) dem Betrage zur Deckung der Unterhaltungskosten.
3. Die „unbedingte Festhaltung der Friedensmiete vom 1. Juli 1914" als Wertmesser des Grundstückes.
4. Das „Mitbestimmungs- und Kontrollrecht der Mieter" bei Betrieb und Unterhalt des Gebäudes durch zwingende Bestimmungen.
5. Die „Abrechnungspflicht" des Vermieters.
6. Daß es als Dauergesetz, d. h. ohne Endtermin erlassen werde.

Von allen diesen berechtigten und billigen Forderungen ist nur die Dreiteilung der Miete mit Mühe und auf einem Umwege erreicht. Dafür belastet das Reichsmietengesetz aber die Mieterschaft in einer ganz außerordentlichen Weise. Die Mieterschaft wird durch das Gesetz der wahre Träger der gesamten Wohnungswirtschaft. Sie soll sämtliche Lasten der Hauswirtschaft einschließlich Erhaltung und Erneuerung der Gebäude übernehmen. Ja, man staune: Im § 3 ist sogar ein Zuschlag für die Steigerung der Hypothekenzinsen und die Erneuerung der Grundstückslasten vorgesehen. Der Vermieter verliert damit jedes Interesse für die Beschaffung billiger Hypotheken, allen möglichen Schiebungen wird durch diese Bestimmung Tür und Tor geöffnet. Im übrigen: Wer mit fremden Gelde arbeitet, hat doch wohl für die Zinsen dieser Gelder selber aufzukommen! Die Mieterschaft hat sich einverstanden erklärt, schwere Lasten zum Wohle der Gesamtheit auf sich zu nehmen, aber sie beansprucht, als Ausgleich für ihre Willfährigkeit andererseits auch Rechte.

Diese Rechte werden ihr jedoch völlig vorenthalten. Sie hat das Mitbestimmungsrecht gefordert. Im § 16 des Gesetzes gibt man den Mietern nichts weiter, als was sie nach jedem bürgerlichen Rechte bereits hatten. Im Schlußabsatz des Paragraphen empfängt die Mietervertretung dagegen eine Ermahnung zum Wohlverhalten, die der Vermieter schmunzelnd verdaut. — Mit Hilfe dieser Bestimmung kann er leicht ein feindliches Verhalten eines unbeliebten Mieters konstruieren und hat einen Kündigungsgrund, der nach einer Reichsgerichtsentscheidung für sofort Kraft besitzt. Dieser Absatz ist unter allen Umständen auszumerzen; — man denke sich nur das Betriebsrätegesetz mit einer solchen Klausel, um die ganze Ungeheuerlichkeit zu verstehen.

Für den Kapitalzins ist an der Vorkriegshöhe festgehalten, aber dem armen Hausagrarier will man für geheimen Gewinn ein Loch offenhalten und befreit ihn daher von der Abrechnungspflicht. Versteht man nicht, daß die vom Mieter gezahlten Zuschläge für Betrieb und Unterhaltung des Grundstückes für den Eigentümer „fremdes Geld" sind, das er zu verwalten und für das er Abrechnung zu leisten hat? Es handelt sich hier doch um eine einfache Selbstverständlichkeit. Ueber diese Zuschläge „muß" abgerechnet werden. Ueberschüsse gehören in die Sammelstelle für Erneuerungsbauten und nicht wie es in § 6 heißt: „nicht verwendete Beträge sind dem Vermieter herauszugeben". Der Hausbesitz hat sich immer gesträubt, der Mieterschaft Einblick in die finanziellen Verhältnisse des Grundstückes zu geben, — aber ohne diesen Einblick kann der Mieterschaft nicht zugemutet werden, alle Lasten des Grundstückes zu tragen.

Im § 4 des Gesetzes sind Kosten „für eigene und fremde Verwaltung vorgesehen, die zu den Betriebskosten gehören sollen und vom Mieter zu tragen sind." Da kann sich jeder Hausbesitzer einen Verwalter nehmen und sich das Leben leicht und bequem machen: der Mieter muß ja die Kosten zahlen. Ich sehe sie schon alle aufmarschieren, die Herren Hausverwalter. „Verwalter" — wie simpel —, nein, bald heißen sie „Herr Rat"! Ich bitte man lache nicht, — mir ist es todernst, denn ich sehe schon im Geiste, was für Plagegeister dieser erstehende Berufsstand gebären wird.

Der Hausbesitzerstand hat in leichtfertiger und unverantwortlicher Weise sein Besitztum im Laufe der Jahre verfallen lassen; er hat die in der Miete enthaltenen Quoten für Instandsetzung, Amortisation, Risiko usw. nicht für die bestimmten Zwecke verwendet, sondern als Gewinne eingeheimst, und als Lohn für sein Verhalten, soll er nach dem Reichsmietengesetz für nichts mehr verantwortlich sein. Der Mieter soll die Gesamtlasten des Grundstückes tragen: höhere Hypothekenzinsen, die Kosten für Hypothekenerneuerung, die Kosten für fremde Verwaltungstätigkeit, die Betriebskosten, die Instandsetzungskosten. Das zwingende Mitbestimmungs- und Kontrollrecht der Mieter und die Abrechnungspflicht der Eigentümer für die Zuschläge fehlen im Gesetz. Der Hausbesitzer wird, wie bisher, seinen Verpflichtungen für Erhaltung und Erneuerung seines Hauses nicht nachkommen, — aber die Mieter werden zahlen müssen. Ein solches volksfeindliches Reichsmietengesetz lehnt die Mieterschaft rundweg ab!

Damit aber der Hausbesitzerstand voll und ganz befriedigt werde, ist dem Gesetz, das am 1. April 1922 in Kraft treten soll, ein Endtermin: der 1. April 1926 gestellt. Sogar der Reichsarbeitsminister, wie das preußische Wohlfahrtsministerium haben gegen diesen Endtermin die schwersten Bedenken, aber der Wohnungsausschuß des Reichstages konnte sich nicht entschließen, das Reichsmietengesetz als ein Dauergesetz zu qualifizieren. So winkt der Spekulation in der Ferne das freie Feld ihrer volksverderblichen Betätigung, und diese Freiheit wird ihre Schatten weit vorauswerfen. Jeglicher Art von Spekulation entgegenzuarbeiten ist Aufgabe des Reichstages, und daher darf das Gesetz keinen Endtermin enthalten. Die Festlegung eines Endtermines ist um so ungeheuerlicher, da der § 1 des Gesetzes, entgegen der Forderung der Mieter, neben der gesetzlichen Miete eine freie vereinbarte Miete zuläßt. Die Mieterschaft schwebt also in allergrößter Gefahr und ist der Ausbeutung von seiten der Vermieter schutzlos preisgegeben. Der Hausbesitzer wird mit der Kündigung drohen. Er wird den Mieter zwingen, mit ihm eine weit höhere Miete als die gesetzliche zu vereinbaren. Der Mieter wird sie zahlen, um gesichert zu sein und zu bleiben. Ein Reichsmietengesetz, das die Hoffnungen der Hausbesitzer auf freie Wirtschaft nährt, ist eine Scheußlichkeit. Für ein solches Reichsmietengesetz fehlt der Mietern jedes Verständnis.

Die Beratungen des Entwurfes des Reichsmietengesetzes im Wohnungsausschuß des Reichstages haben drei Wochen gedauert. Die Interessen der Mieter wurden im Ausschuß nur von den 13 Sozialisten mit Wärme und Geschicklichkeit vertreten. Diesen Reichstagsabgeordneten gebührt der heißeste Dank der Mieterschaft. Sie kämpften aber von Anfang an auf einem verlorenen Posten, da ihnen 15 bürgerliche Stimmen gegenüberstanden. Von den bürgerlichen Reichstagsmitgliedern haben die Mieter nichts zu erwarten, das zeigt ihnen das Gesetz, wie es jetzt aus dem Wohnungsausschuß des Reichstages an das Plenum geht. Was werden wird, ruht im Schoße der Götter.

Die Mieterschaft wendet sich bittend und hilfesuchend an die sozialistische Partei. Sie hat bisher geholfen und möge weiter helfen, — gilt es doch das Wohl der breiten Massen. Volksgesundheit und Sittlichkeit sind in Gefahr, wenn es nicht möglich ist, gesunde Wohnungen zu erschwinglichem Mietzins zu erhalten. Es gilt wüstester Spekulation auf dem Wohnungsmarkt einen sicheren und festen Damm entgegenzusetzen. Es gilt der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen den Weg zu ebnen. Es gilt das ganze Wohl und Wehe unseres Volkes. Das mögen sich auch die bürgerlichen Parteien gesagt sein lassen. Eigensüchtige Wünsche haben in heutiger Zeit keine Berechtigung, nur das Allgemeinwohl gilt.

Die Mieterschaft Lübecks wird in nächster Woche zu einer machtvollen Kundgebung für ihre Forderungen aufgerufen. Geschlossen und einig stehe sie da und bekenne sich zur Opferwilligkeit, aber auch zu ihrem Recht. Sie helfe unserem aus tausend Wunden blutendem Volk, sie umhege den bedrängten Nächsten und zeige, daß sie wahren Sozialismus kenne, aber ein erbitterter Feind der Eigensucht und der Spekulation sei.

Nun, nicht verzagt! Fröhliche Augen stimmen mich rasch auch selbst wieder froh. Kunst! Jungens, wie sehen eure Wände hier aus! Kahl wie die Wartehalle einer Badeanstalt. Bilder schaffen! Die Stadt hat eine schöne Auswahl. Wir bauen uns Wechselrahmen, der Vater Tischler spendiert den Leim: gleich sieht es anders, wohnlicher aus! Doch der Drang erwacht, zu sehen, wie so ein Marmorgott erwächst. Schon öffnet sich uns eine Bildhauerwerkstatt. Ein Maler folgt. Eine Druckerei. Und immer neue Arbeitsaufgaben reihen sich an: sie wollen arbeiten, nur anders als bisher, selbständiger, in engster Fühlung mit Welt und Gegenwart.

Eine neue Landkarte von Europa schaffen wir uns in Gedanken. Nichts ist fruchtbarer, als zu sehen, wie jetzt Staaten erstehen, Grenzen zerfließen: wir erleben einen Umbau der Welt! Wer von uns, der nach 70 die Schule besuchte, kann das sagen! Ein Film rollt heute ab, Jungens; vor euren sehenden Augen wirken die Wirtschaftsmächte gegeneinander, sucht der westliche Kapitalismus Absatzmärkte, formen sich Volksstaaten — ein wildes Gewirr von nationalen, sozialen, ökonomischen Gegensätzen, und doch auch da Gesetze drin: und hier wachen gerade die stumpfesten Geister, die oft verlorengegebenen auf, die ausgesprochenen Lausbuben tun eifrig mit — — wenn nicht alles nur Ansätze blieben!

Denn das System, der Plan, die bureaukratische Ordnung nimmt einem die Jungen nach einem halben Jahre oder erschwert alle freiere Bewegung aus ganz äußerlichen Gesichtspunkten. Und schlimmer: Intrigen vergiften unser Vertrauen, politische Spannung füllt die Luft im Lehrerzimmer mit Explosivstoffen, ein aufreibender Kleinkrieg mit tausend Widerwärtigkeiten bindet unsere Kräfte.

Und draußen stehen meine Jungen und warten auf mich!

Warum schafft ihr uns keine Gemeinschaftsschule? Soll unser Beruf Handwerk bleiben und nie werden, was wir ersehnen: Dienst an der Jugend?

Und dann auf Fahrt! Da löst sich gar bald der steifgeordnete Zug — Gruppen bilden sich, Kämpfe entbrennen; ein Femgericht urteilt über Verräter ab, die die Klassenehre verletzen; ein Feuer am Eisrande des Waldsees. Da plötzlich taucht eine alte Kirche auf, ansehnlich, viel zu wichtig für das kleine Nest. Wir müssen hinein. Ungeahnte Schätze birgt sie. Hier lernen die Jungen in einer kurzen Stunde mehr Bau- und Kunstgeschichte als drinnen in der Schule in einem Monat: denn dies hier geschieht aus eigenem Wollen heraus. Daß unser Verkehrston hierbei freier wird, ist Notwendigkeit; die Steifheit des „Dienstes" löst sich: Wir sind jetzt eine Gesellschaft zur Erforschung der Welt

Gewerkschaften.

5. Bezirkstag des 13. Bezirks des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Der Bezirkstag setzte am zweiten Verhandlungstage seine Beratungen fort. Töpfer-Hamburg vom Hauptvorstand referierte über die auf dem kommenden Verbandstag in Leipzig im März dieses Jahres zu treffenden Maßnahmen. Er ging zunächst auf die Oppositionsstellung eines Teiles der Mitgliedschaft gegen den Hauptvorstand während des Karlsruher Verbandstages ein. Soweit es sich bei dem nächsten Verbandstage um sachliche Meinungsverschiedenheiten handele, werde man sich durchaus freundschaftlich auseinandersetzen können. Eine politische Opposition wird sich aber, das kann schon heute gesagt werden, die peinlichste Abfuhr holen. Die politische Stänkerei wird dort keinen Boden mehr finden. Eine wichtige Frage auf dem Verbandstage wird die Gründung einer Industrieorganisation, des Deutschen Baugewerksbundes sein. Es fragt sich jedoch, ob alle Organisationen in dieser Richtung mitmachen werden. Wir haben die Auffassung, daß die Organisation der Zimmerer, die doch mit einen Eckpfeiler des neuen Bundes bilden soll, immer noch an der Berufsorganisation festhält. Wir wollen nicht mit den Zimmerern darüber streiten. Die künftige Entwicklung wird uns trotz ihrer heutigen Ablehnung beweisen, daß sie an den Baugewerksbund nicht vorbeikommen werden. Es ist klar, daß die Gründung des Baugewerksbundes mancherlei Fährnisse und Reibungen bringen wird und vor allem die Verwaltungsaufgaben einen viel größeren Umfang annehmen werden, die zu meistern nur ganz besonders befähigte Personen berufen sein müssen. Auch die Frage der Satzungsänderungen wird eine bedeutende Rolle spielen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die neuen Satzungsentwürfe des Hauptvorstandes für anwendbar gehalten werden. Redner geht im einzelnen auf verschiedene Satzungsänderungen ein; so u. a. auf die Frage des Beitrages sowie der Streikunterstützung. Die Behauptung, der Beitrag sei so hoch, daß er von den Bauarbeitern nicht bezahlt werden kann, ist nicht stichhaltig. Die jetzige Beitragshöhe bewegt sich auf der Basis der heutigen Geldentwertung. Bei den Ausführungen über die Streikunterstützung wendet sich Redner gegen die Schaffung einer breiteren Kampfbasis. Alle wirtschaftlichen Kämpfe werden größtenteils mit einem Kompromiß enden; sie werden auch auf dem Gebiet ihrer eigenen Industrie beschränkt bleiben müssen, wenn sie nicht überhaupt aufhören sollen, wirtschaftliche Kämpfe zu sein. Hinsichtlich der sozialen Baubetriebe erklärt Redner, daß diese lediglich mangels genügenden Betriebskapitals nicht leistungsfähig genug seien. Deshalb soll der Verbandstag erwägen, dem Hauptvorstand 50 Pfg. von jeder Beitragsmarke zur Verfügung zu stellen, um in den sozialen Baubetrieben, wo das genügende Kapital fehlt, im übrigen aber gut gearbeitet wird, helfend einzugreifen. Wir sind überzeugt, daß die Interessen der Bauarbeiter nicht besser gefördert werden können. Auch auf dem Gebiet der Baustofferzeugung muß drangegangen werden, die private Bauwirtschaft auszuschalten; denn mit Lohnbewegungen und Streiks allein werden wir nie zu einem Ziele kommen. Der Redner streifte dann ebenfalls kurz die Frage der Umschulung von Bauhilfsarbeitern in Facharbeitern; er bringt zum Ausdruck, daß eine Regelung dieser Angelegenheit ohne Lösung der Lehrlingsfrage nicht möglich sein wird.

Nach dem Referat werden noch einige Anträge mit zur Tagesordnung gestellt, worauf Schlüter-Hamburg das Wort zu einem eingehenden Vortrag über die „Sozialisierung im Baugewerbe" erhält. Er weist auf die ungeheure Wohnungsnot und das Elend, sowie deren Ursachen hin. Wenn man keine Wege findet, den Grund- und Bodenwucher energisch zu bekämpfen, wird man nie eine Besserung erreichen können. In Hamburg sind allein 25 000 Wohnungsuchende. Mit der jetzigen Zahl der Bauarbeiter wird dieser Notstand in 10 Jahren noch nicht behoben sein. Redner wendet sich dabei entschieden gegen die bisher vielfach getroffenen Notmaßnahmen im Wohnungsbau durch Ausbau von Dachgeschossen usw. Helfen könnten nur umfangreiche Gelder zum Zwecke des eigentlichen Wohnungsbaues. Er fordert alle Delegierten zum Schluß auf, in den Kreisen der Mitgliedschaft für eine weitgehende finanzielle Unterstützung der sozialen Baubetriebe einzutreten.

Es wird dann die Debatte über beide Referate eröffnet. Sverkowsky begründet einen Antrag des Ortsvereins Itzehoe hinsichtlich Gewährung eines Existenzminimums bei der Zahlung der staatlichen Erwerbslosenunterstützung. Andritzki beantragt, daß zum Verbandstag nur Kandidaten mit mindestens fünfjähriger Mitgliedsdauer delegiert werden dürfen. Schäfer-Hamburg ist der Ansicht, daß die Sozialisierung auf die Baubetriebe beschränkt bleiben wird, da die Sozialisierung der Wohnungen nur mit staatlichen Machtmitteln möglich sein kann. Durch die sozialen Baubetriebe wird man auch nicht die Lebenshaltung der Bauarbeiter verbessern können. Die Umwandlung der Hamburger Genossenschaft in eine G. m. b. H. wird zweifellos der Weg sein müssen, den alle Genossenschaften mangels genügender Geldmittel zu gehen gezwungen sind. Wir bekämpfen die sozialen Baubetriebe heute auch aus dem Grunde, weil dort wie im privaten Baugewerbe im Akkord gearbeitet wird. In ähnlichem Sinne spricht auch Preuß-Hamburg. Möller-Hamburg wendet sich in scharfen Worten gegen beide und besonders gegen den letzten Vorredner. Denker-Lübeck tritt besonders für den Arbeiterschutz ein und ersucht, bei den Behörden einen entsprechenden Nachdruck dafür aufzuwenden. Behrend vom Hauptvorstand, nimmt Stellung zur Akkordfrage und erklärt, daß eine Abschaffung der Akkordarbeit (auch in den sozialen Baubetrieben) nicht in Frage kommen könne. Die Arbeiterschaft müsse ein System finden, bei dem die Unternehmer selbst zur Bekämpfung der Akkordarbeit kämen. Dann werde man auch die Schäden beseitigen können. Das sei nur möglich, wenn man immer wieder fordere, daß die Akkordarbeit entsprechend der Steigerung des Stundenlohnes heraufgesetzt werde. Nachdem noch Gotthard-Neumünster gesprochen hat, beschäftigen sich Töpfer und Schlüter in ihren Schlußworten zur Hauptsache mit den Auslassungen der kommunistisch orientierten Redner, deren verschiedene Argumente von ihnen in sachlicher Weise unter mehrfacher Zustimmung der Konferenz entkräftet werden.

Der Antrag des Ortsvereins Itzehoe wird abgelehnt, dagegen der Antrag Andritzki angenommen. Einige weitere Anträge des Ortsvereins Husum werden dem Bezirksausschuß zur Berücksichtigung überwiesen. Ueber die Wahl eines neuen Bezirksleiters an Stelle des verstorbenen Kollegen Gräning entspinnt sich eine längere Debatte, nach der einstimmig Möller-Hamburg als Bezirksleiter für den 13. Bezirk gewählt wurde. Lehmann als Kassierer sowie Schlüter, Stahlbaum, Iken und Poppitz als Beisitzer des Bezirksausschusses wurden bestätigt. Nach einigen weiteren geschäftlichen Mitteilungen wurde der Bezirkstag mit einem Dank an die Delegierten für ihre Mitarbeit geschlossen.

Zur Krise in der Berliner Metallindustrie. Nachdem Sonntag die Funktionäre der Berliner Metallarbeiterschaft Stellung zum Schiedsspruch nahmen, beschäftigten sich die Funktionäre des Afa-Bundes in der Metallindustrie am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Zu einer Verständigung ist es nicht gekommen. Die geforderte Lohnaufbesserung für Januar wurde abgelehnt. — Die darauf vorgenommene Urabstimmung über den Schiedsspruch ergab, daß eine statutarische Mehrheit für die Ablehnung desselben und Eintritt in den Streik nicht erzielt wurde. Ungefähr sechs Zehntel der Abstimmenden gab ihr Votum für den Streik ab, während vier Zehntel gegen den Streik stimmten.

Lohnerhöhungen im Bergbau. Die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände im Bergbau traten vor einigen Tagen im Reichstage zu einer Sitzung zusammen, um gemeinsam über Lohnerhöhungen zu beraten. Es gelang, zu einer Einigung zu kommen. Am Nachmittag hielt dann der Reichskohlenrat eine Sitzung ab, um den gleichen Gegenstand zu behandeln und außerdem den Umfang der Preiserhöhungen für die einzelnen Kohlenreviere zu besprechen, die notwendig geworden sind durch die Heraufsetzung der Löhne. Die Lohnerhöhungen fanden Zustimmung. Sie betragen für Bergarbeiter in den Revieren in Westfalen 14 Mk. je Mann und Schicht, in Sachsen und Niederschlesien 11,50 Mk., im Aachener Revier 12 Mk., im Kölner Braunkohlenrevier 14 Mk., im Halleschen Braunkohlenrevier in den Kernrevieren 11 Mk. und in den Randrevieren 8,50 Mk., in Bayern im Kohlenbergbau 9,50 Mk., im Braunkohlenbergbau abgestuft zwischen 7,50 und 5,60 Mark je Mann und Schicht, alles im Durchschnitt.

Eine Delegiertenkonferenz der mitteldeutschen Bergarbeiter, die im Leipziger Volkshause tagte, und auf der 200 Abgeordnete insgesamt 150 000 Arbeiter des gesamten mitteldeutschen Bergbaues vertraten, erklärte sich mit den Maßnahmen der Verbandsleitungen zu den schwebenden Tarifverhandlungen für den braunschweigischen Bergbau, die bekanntlich abgebrochen wurden, einverstanden und sprach die Hoffnung aus, daß sie rücksichtslos die strittigen Fragen zur baldigen Entscheidung bringen werde. Die Konferenz hat weiterhin die in Berlin zugesagten Lohnerhöhungen von 10 bezw. 8.50 Mk. für die Schicht einstimmig angenommen.

Kann ein Betriebsrat eine Gelegenheit zum Erlaß von Anschlägen verlangen? Diese Frage ist durch einen neueren Bescheid des Reichsarbeitsministers bejaht worden. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Betriebsrat nach § 36 B. R. G. die Zurverfügungstellung der notwendigen Geschäftsbedürfnisse durch den Arbeitgeber verlangen. Dazu gehört die Gelegenheit zu Bekanntmachungen, da der schriftliche Weg in der Regel allein gangbar ist, um Mitteilungen des Betriebsrates der Belegschaft bekannt zu geben. So wenig wie das sonstige Verhalten des Betriebsrats unterliegt sein schriftlicher Verkehr mit der Belegschaft, der durch Anschlag erfolgt, einer Vorprüfung des Arbeitgebers im Einzelfalle. Vielmehr handelt der Betriebsrat hier unter eigener Verantwortlichkeit für die Folgen seines Tuns, wie dies auch sonst bei seiner Geschäftsführung regelmäßig der Fall ist.

Fristlose Entlassung von Streikführern. Vor dem Oberverwaltungsgericht in Dresden wurde ein Rechtsstreit verhandelt, der für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung von ganz besonderem Interesse ist. Am dritten Osterfeiertag 1921 (29. März) waren verschiedene Belegschaften westsächsischer Bergwerksunternehmungen in einen politischen Streik eingetreten. Es handelte sich dabei um einen Sympathiestreik für die Leunawerke. Es kam dabei auch zu Ausschreitungen der Streikenden, und später sind einige der dabei Beteiligten vom außerordentlichen Gericht in Dresden wegen Beihilfe zum Hochverrat zu langen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Gestreikt wurde auch auf den Schächten der Gewerkschaft „Viktoria" in Lobstädt. Schon am 31. März wurde die Arbeit im wesentlichen wieder aufgenommen als Folge der Bekanntmachung der Werkleitung, daß nach einem Beschlusse der Arbeitgeberverbände alle Belegschaften, die nicht bis spätestens am 1. April die Arbeit wieder aufgenommen haben, als entlassen zu gelten haben.

Als am Morgen des 1. April der Schlosser W. und der Maurer M. wieder zur Arbeit erschienen, wurden sie vom Betriebsführer nicht angenommen. Ihre Nichtwiedereinstellung wurde damit begründet, daß sie die Streikhetzer und Streikführer gewesen seien. M. war Obmann des Betriebsrates, hat am 29. März den Betrieb abpfeifen lassen und auf dem Fabrikhofe zum Streik aufgefordert. W. soll während der Arbeitszeit fortgesetzt politische Agitation betrieben haben, indem er die Lehrlinge zum Eintritt in die Kommunistische Partei aufforderte. Die Streitfrage dreht sich darum, ob Gründe vorlagen, die die Werkleitung zur sofortigen Entlassung berechtigen, insbesondere, ob § 84 des Betriebsrätegesetzes (vorheriges Gehör des Betriebsrates) auch auf den Fall der fristlosen Entlassung anzuwenden ist, und nicht bloß bei normaler Kündigung.

Das Bergschiedsgericht Leipzig hat festgestellt, daß die fristlose Entlassung zu recht erfolgt ist, und deshalb die beiden Arbeiter mit ihrer Klage abgewiesen. Hiergegen liegt nun Berufung beim Oberverwaltungsgericht vor. Es wird betont, daß in der Bekanntmachung der Direktion den Arbeitern ganz allgemin die Wiedereinstellung zugesichert worden sei, wenn die Arbeit bis spätestens 1. April wieder aufgenommen sei. Von einem Vorbehalt, die Rädelsführer von dieser Amnestie auszuschließen, sei in dem Aufruf nirgends die Rede. Das Vorgehen der Direktion müsse deshalb als hinterlistig und als gegen Treu und Glauben verstoßend bezeichnet werden. Hätte die Direktion ihre Absicht vorher bekanntgegeben, würde sich die Gesamtheit der Belegschaften geweigert haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Vertreter der Direktion behauptete, es habe damals in ihrem Betriebe eine allgemeine Streiklust unter den Arbeitern

geherrscht. Die Belegschaftsversammlungen seien nur von den jüngeren Leuten besucht gewesen, eine Abstimmung über den Streik habe gar nicht stattgefunden. Die Direktion meint, daß es ihr gutes Recht sei, wenn sie in solchen Fällen die Streikführer nicht wieder einstelle. Vorher den Betriebsrat zu hören, sei gar nicht möglich gewesen, da das Werk still lag und demzufolge es in dieser Zeit gar keinen Betriebsrat gab. Dem Aufruf käme irgendwelche rechtsgeschäftliche Bedeutung nicht zu. — Auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, die in einigen Wochen erfolgen wird, darf man gespannt sein.

Die internationale Metallarbeiterkonferenz gegen den Krieg. Der Wiener „Arbeiterzeitung" zufolge hat die internationale Metallarbeiterkonferenz in ihrer Schlußsitzung eine Resolution angenommen, nach welcher der internationale Gewerkschaftsbund in Rom beschließen solle, daß Kriege durch allgemeine Arbeitsniederlegung zu verhindern seien. Die internationale Berufsorganisationen hätten überall die Ueberwachung von Kriegsfabrikation aller Art durchzuführen und die Fabrikation einzuschränken. Zur Durchführung dieser Bestimmung sei eine internationale Kommission einzusetzen, in welcher alle Berufsorganisationen und der internationale Gewerkschaftsbund vertreten sein sollen.

Aus aller Welt.

Raubmord. Der Schneidermeister Rohloff in Berlin ist nach einem Ausfluge in die Umgebung von Kaulsdorf bei Berlin bei der Rückkehr auf dem Wege zum Bahnhof von Wegelagerern getötet worden. Die Täter, anscheinend kommen mehrere junge Männer in Frage, die ihr Opfer vollkommen ausgeplündert hatten, sind entkommen.

Verurteilte Erpresser. Der Herausgeber des Sensationsblattes „Neueste Nachrichten" Arthur Keil und Detektivvolontär Max Lewandowski in Berlin wurden vom Schöffengericht wegen Erpressung zu einem Jahre bezw. drei Monaten Gefängnis verurteilt. Keil beabsichtigte, einen sensationellen Artikel gegen einen Bankier zu veröffentlichen. Er ließ diesem durch L. mitteilen, daß die Veröffentlichung unterbleiben könne, wenn er 2000 Mark für die entstandenen Kosten ersetze. Es kam eine Zusammenkunft Keils mit dem Bankier zustande, wobei ein Kriminalkommissar als ungesehener Zeuge die Unterhaltung mit anhörte.

Steuermarkendiebstahl und Brandstiftung. Ein Angestellter des Lohnbureaus der Dynamobürstenfabrik Ringsdorff-Werke A.-G. in Mehlem a. Rh. drang nachts in das Verwaltungsgebäude ein, um die Steuerbücher mit den noch nicht entwerteten Steuermarken zu stehlen. Er riß aus sämtlichen Steuerbüchern die Seiten mit den Marken heraus, begoß die Steuerbücher und sonstige brennbare Gegenstände mit Spiritus und legte Feuer an. Der größte Teil der Bücher wurde ein Raub der Flammen. Ein Markenwert von 70 000 Mark war dem Diebe in die Hände gefallen, der aber bereits verhaftet ist.

Was in Wien eine Bügelfalte kostet. Die Wiener Schneidermeister haben einen neuen Preistarif für Herrenkleider aufgestellt. Danach kostet von nun an ein Frackanzug 38 000—55 000, ein gewöhnlicher Sacco-Anzug 26 000—38 000, eine Hose 5000 bis 8000, eine Weste 3000 bis 7000 Kronen. Das Bügeln eines Straßenanzuges wird nunmehr mit 1050 Kronen berechnet. Für die Summe, die heute eine Bügelfalte kostet, hat man vor dem Kriege in Wien zehn vollständige Anzüge erhalten.

Kunstdiebstahl. In Augsburg stahlen zwei unbekannte Männer bei einem Einbruch ins Maximilianmuseum für eine Million Mark Kunstschätze aller Art sowie Ringe, Gold- und Silbermünzen.

Ein neuer Alpentunnel. Eine Versammlung von Sachverständigen, der auch der französische Minister der öffentlichen Arbeiten beiwohnte, hat in Nizza den Durchstich eines neuen Alpentunnels in Aussicht genommen. Man geht dabei von der Erwägung aus, daß die Eisenbahnstrecke von Paris nach Nizza von mehr als 1000 Kilometer um fast 200 Kilometer verkürzt werden kann, wenn die Linie ganz direkt gelegt wird. Um diese wichtige Zeitverkürzung durchzuführen, wurden verschiedene Pläne erwogen, unter denen schließlich der angenommen wurde, die Strecke von Grenoble nach Nizza über Gap und Sisteron und von da nach St. Auban zu führen. Dabei ist es aber nötig, einen Durchstich durch das Gebirge vorzunehmen, der in der Richtung von Castellane führt. Damit würde die Eisenbahnlinie zwischen Paris und der Riviera auf etwa 850 Kilometer verkürzt sein.

Rum in Kokosnüssen. Die Liebhaber eines guten Tropfens in Amerika verfallen auf immer neue Mittel, um den Wächtern der heiligen Prohibition ein Schnippchen zu schlagen. In Minneapolis kam die Polizei durch einen Zufall dahinter, daß eine große Ladung Kokosnüsse, die aus Südamerika gekommen war, zum Schmuggel von Alkohol dienen mußte. Die Ladung wurde beschlagnahmt, und eine Untersuchung ergab, daß jede Kokosnuß mit echtem Rum aus Jamaika gefüllt war.

Die Leiche im Kohlenbunker. Aus Gera wird gemeldet: In der Papierfabrik von Wiede in Rosenthal bei Blankenstein versagte plötzlich der Kohlenbunker. Man konnte sich den Zwischenfall zunächst nicht erklären. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Leiche des Arbeiters Thomä den Ausfluß des Kohlenbunkers versperrte. Es konnte bisher nicht ergründet werden, wie die Leiche in diese eigenartige Lage gekommen ist. Eine peinliche Untersuchung ist eingeleitet worden, da die Möglichkeit eines Verbrechens nicht von der Hand zu weisen ist.

Schweres Erdbeben in Kalifornien. Im Norden von Kalifornien und im Süden des Staates Oregon hat sich ein starkes Erdbeben ereignet. Die Erschütterungen machten sich bis nach San Franzisko bemerkbar, wo viele Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Riesenbrand in Manila. Das asiatische Stadtviertel der Stadt Manila auf den Philippinen ist einem Riesenbrande zum Opfer gefallen, der auf Brandstiftung zurückzuführen ist. 1200 Einwohner sind ohne Obdach, der Sachschaden geht in die Millionen. Die Brandstifter wurden verhaftet.

Erneuter Ausbruch der Grippe in Amerika. Die amerikanischen Großstädte sind abermals von einer Grippewelle überflutet worden. Mit unheimlicher Schnelligkeit verbreitet sich die tückische Krankheit. Am stärksten betroffen ist bis jetzt die Stadt Neuyork.

Allerlei Wissenswertes.

„Angezapfte" Stiere. Im Innern von Ostafrika lebt der Stamm der Masai, die wohl die einzigen Eingeborenen des schwarzen Erdteils sind, die beträchtliche Reichtümer besitzen. Ihre Schätze bestehen in den zahllosen Ochsenherden, die auf den Steppen der Konja-Kolonie und den Tanganjika-Gebietes grasen. Die Masai sind reine Nomaden und wandern jedes Jahr Hunderte von Kilometern, um Wasser und Weiden für ihr Vieh zu suchen. Sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht, sie säen und sie ernten nicht, und sie ernähren sich doch recht gut durch ihren Viehreichtum. Früher waren sie wegen ihrer Tapferkeit und ihrer Kriegswut allgemein gefürchtet; gegenwärtig sind sie etwas friedlicher geworden; aber sie bewahren noch immer ein kriegerisches Gemüt und glauben, daß sie sich Stärke und Mut durch das Trinken von Stierblut gewinnen können. Ein Reisender, der einige Monate lang unter ihnen gelebt hat, schildert uns, wie sie das Blut der Stiere schlürfen, indem sie sie „anzapfen", ohne sie damit zu schädigen. Wollen diese hochgewachsenen Menschen, die stets mit ihren Speeren, den Assegais, mit Pfeilen und Bogen, meist auch noch mit Schwertern und Schilden bewaffnet sind, wieder einmal einen Stierbluttrunk tun, so wählen sie sich einen Bullen aus, fangen ihn ein und fesseln ihn. Ein Mann nimmt dann einen Pfeil und schlingt ein Stück Tuch um die Spitze, so daß er, wenn er abgeschossen wird, nur gerade einen Zoll tief eindringen kann. Ein anderer legt eine Aderpresse in Gestalt eines Strickes um den Nacken des Tieres. Der Bogenschütze stellt sich etwa einen Fuß entfernt von dem Ochsen auf und schießt ihm den Pfeil in den Nacken, worauf sogleich das Blut in einem kleinen regelmäßigen Strom zu rinnen anfängt, der durch die Aderpresse reguliert wird. Dann hält der nächste Masai seinen Mund an den Hals und trinkt die fließende warme Flüssigkeit. Wenn man aber glaubt, daß dem Stier nun genug Blut entzogen worden ist, so wird die Aderpresse abgenommen, und die kleine angeschossene Stelle in der Arterie schließt sich von selbst. Der Ochse wird freigelassen und darf wieder grasen, bis er nach ein oder zwei Monaten wiederum dazu dienen muß, seinem Besitzer einen stärkenden Bluttrunk zu verschaffen.

Sport.

Die Bautätigkeit des Arbeiter-Touristen-Vereins „Die Naturfreunde". Unsere Naturfreunde haben in den letzten zwei Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl ihrer Mitglieder ist auf etwa 120 000 angewachsen und damit hat dieser proletarische Wanderverein, der im Jahre 1895 in Wien gegründet worden ist, alle bürgerlichen großen Vereine an Zahl überflügelt. Aber auch durch ihre sonstige Tätigkeit haben die Naturfreunde gezeigt, daß sie den Wettbewerb mit den touristischen und Wandervereinen aufzunehmen vermögen. Nicht weniger als 102 Häuser nennt der Verein sein eigen. 17 Hütten davon stehen auf österreichischem Boden, 25 befinden sich in der Schweiz, 3 in der Tschecho-Slowakei, je eine in Italien, in Ungarn und in Norwegen, 51 in Deutschland und 3 in Amerika. Während die Häuser in Oesterreich und in der Schweiz beinahe ausnahmslos Schutzhütten sind, die zur Unterkunft oder höchstens als Stützpunkte für Bergbesteiger dienen, sind die zahlreichen Häuser der deutschen Ortsgruppen, obwohl sie auch diese Zwecke erfüllen, doch vornehmlich Ferienheime, die es dem Arbeitsmenschen und seiner Familie ermöglichen, mit verhältnismäßig geringen Kosten seinen Urlaub in frischer Luft fern vom Getriebe der Großstadt, losgelöst vom Wirtshausbetrieb, zu verbringen. Eine ähnliche Verwendung finden auch die Häuser der amerikanischen Ortsgruppen. Welche ungeheuren Dienste die Naturfreunde durch die Erbauung ihrer Häuser ihren Mitgliedern leisten, das wird jedem Denkenden klar. Aber nicht nur die Mitglieder ziehen aus dieser Kulturarbeit Nutzen, auch den Gemeinden, Land und Staat gereicht diese segensreiche Arbeit zum Vorteil. An einigen Orten ist der Wert der Naturfreunde-Arbeit aber wohl schon erkannt worden. In Deutschland haben sogar Krankenkassen, Gemeinden und auch der Staat zu einigen Häusern nicht unbeträchtliche Beihilfen geleistet; doch die Mehrzahl der Häuser mußte auch in Deutschland mit schweren Opfern aus eigener Kraft erbaut werden. In Oesterreich finden solche Bestrebungen überhaupt von keiner Seite Unterstützung. Im Gegenteil, wo immer man dem Proletarier-Verein Prügel zwischen die Füße werfen, seine Tätigkeit erschweren, sein Vorwärtskommen verhindern kann, geschieht es von Privaten, Körperschaften und Behörden mit einem Eifer, der eine bessere Verwendung finden könnte. Die Naturfreunde wird dieses Uebelwollen, wird der Neid, der ihnen entgegengebracht wird, nicht irre machen. Wissen sie doch, daß die Zeit nicht mehr fern sein kann, wo es auch jene, die heute die Naturfreunde-Bewegung nur als eine Vereinigung zur Veranstaltung von Ausflügen erblicken, einsehen werden müssen, daß das Wandern und Bergsteigen weit höhere Ziele sich gesetzt hat. Nicht nur, daß das Wandern und Bergsteigen ein vorbeugendes Mittel gegen Krankheiten darstellt, übt es auch einen wohltätigen, geistveredelnden Einfluß aus, fördert es Bildung und Naturerkenntnis im hohen Grade, erhält es die Gesundheit und die volkswirtschaftlich wichtige Arbeitskraft, verhindert es das einervende Wirtshausleben und macht für edlere und bessere Genüsse empfänglich. Daß diese Erkenntnis über den wahren Wert in absehbarer Zeit sich überall Bahn brechen muß, daß auch unsere Behörden und unsere Gesetzgeber — spät aber doch — einsehen werden müssen, daß die Naturfreunde volle Unterstützung verdienen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Bis dahin aber werden die Arbeiter-Touristen still und unverzagt weiter bauen, nicht nur an ihren Häusern, sondern auch an der Zukunft der Menschheit.

Das Wetter der Woche.

Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.

Nachdem es in der laufenden Woche, unserer Voraussage gemäß, zu einem durchgreifenden Witterungsumschlage bisher nicht gekommen (nur eine Milderung der Kälte und verbreitete Schneefälle traten ein), wird auch die nächste Woche (5.—11. Februar einschl.) nach unseren Untersuchungen erst am Ende (um den 11. Febr.) durchschlagendes Tauwetter bringen, auch für das Binnenland. Obwohl die Temperatur zu Beginn (5.) in NW.-Deutschland, besonders im Nordseeküstengebiet, tags nahe dem Nullpunkt liegt und diesen sogar zeitweise erreicht, macht sich doch in den nächsten Tagen infolge Vordringens eines kalten Luftstromes von NO., wo andauernd ein Hochdruckgebiet lagert, eine Zunahme des Frostes geltend, vornehmlich im Küstengebiete der Ostsee wie im östlichen und mittleren Teile unseres Bezirks. Im W. und SW. dürfte der Frost durchweg nur gelinde auftreten. Zu Beginn und verstärkt am Ende der Woche zeigt sich der Einfluß atmosphärischer Störungen vom SW., später W. (Ozean im SW. und S. der britischen Inseln), die auf ihrem Wege nach NO. über W.-Europa auch unseren Bezirk in ihren Bereich ziehen und hier auch am 10. und 11. Februar mit starkem Barometerfall und stürmischen SO.-, später SW.- bis W.-W.-Winden eine erhebliche Wärmezunahme und Niederschläge, zunächst als Schnee, später Regen, veranlassen. — Im einzelnen: 5. Februar: Trübe, gelinder Frost im Binnenlande, an der Küste zeitweise Taupunkt, teilweise frische östliche, nach W. umspringende Winde, Temperatur erhöht. Verbreitete Schneefälle; stellenweise (W.) Regen. 6. Februar: Kälter, meist trübe, im O. und NO. zeitweise aufklarend, böige NW.- bis N.-Winde, mit Ausnahme des westl. Küstengebietes leichter Frost. Schneeschauer. 7. Februar: Wolkig mit Aufheiterung, schwache NW.- bis NO.-Winde, zunehmender Frost, auch an der Küste. Meist trocken. Im O. vereinzelte Schneefälle. 8. Februar: Wechselnd bewölkt, teilweise heiter, schwache NO.- bis O.-Winde, nachts klar, trocken. Zunehmender Frost. 9. Februar: Teils neblig-trübes, teils heiteres, trockenes Frostwetter, frische östlichen Winde, Temperatur sinkend. 10. Februar: Fortdauer der heiteren, trockenen Frostwitterung bei lebhaften O.- bis S.-O.-Winden und sinkender Luftwärme. 11. Februar: Wetteränderung bemerkbar. Starke auffrischende SO.-Winde, Trübung, abnehmender Frost. Verbreitete, ergiebige Schneefälle. Küste Regen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Der Milchpreis für Februar.

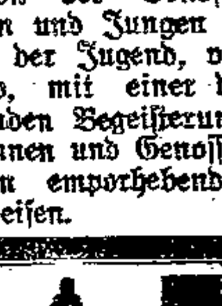
Das Landesversorgungsamt sollte bei den Preisfestsetzungen und Preiserhöhungen auf Kinder und Kranke Rücksicht nehmen und den Händlern zur Pflicht machen, diese auch zu beliefern. Die Kommission sollte auch für eine schärfere Milchkontrolle sorgen und die Einhaltung der Preise besser überwachen. Der Händler Markmann-Israelsdorf hat den festgesetzten Preis bereits überschritten und nimmt 5,30 Mk. pro Liter. Ein Familienvater.

Neue Bücher.

Sozialpolitik. Erläuterungen zum Görlitzer Programm von Max Quarck. 1922. J. H. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. (Preis 1,50 Mk.) Im Kampfe um die Ausgestaltung der Sozialpolitik werden die sachkundigen sozialpolitischen Darlegungen Quarcks eine wirksame Waffe allen Genossen und Genossinnen sein.

Kultur- und Schulpolitik. Erläuterungen zum Görlitzer Programm. Von Antonie Pfülf. 1922. J. H. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. (Preis 2 Mk.) Die Bedeutung der Elternbeiräte in dem Werdeprozeß der neuen, auf Selbstverwaltung aufgebauten Schule wird von der Genossin Pfülf lichtvoll dargelegt. Sie wird den Alten und Jungen in der Schulverwaltung gerecht. Sie spricht von der Jugend, von der geistig und sittlich emporstrebenden Jugend, mit einer die Köpfe erleuchtenden und die Herzen erwärmenden Begeisterung. Die Schrift der Frau Pfülf wird allen Genossinnen und Genossen in der Propaganda eines den ganzen Menschen emporhebenden Kultursozialismus die wertvollsten Dienste erweisen.

Das beste Küchenhilfsmittel ist MAGGI's Würze



Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen Nr. 6; man achte auf unversehrten Plombenverschluß.

Einzig in Feinheit des Geschmacks, in Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit.

12709

Gestern verschied plötzlich unsere Kollegin
Martha Koop
im 18. Lebensjahre.
Ihr stets freundliches Wesen wird sie in guter Erinnerung halten bei dem
Personal [illegible]

1 saubere Tagfrau
sofort gesucht (12725
[illegible] 1e

Tüchtige Former
stellen ein
Oldesloer Eisen- und Metallgießerei
Fricke & Brandt, Bad Oldesloe
Kommanditgesellschaft. (12734

Möbl. gesundes Zimmer gesucht. Ang. unt. Sch K an d. Exp. d. Bl. (12719

Schwarzes Kostüm für Konfirmand. z. vk. (12710
Engelsgrube 56 I.

1 Fahrrad z. v. (12724
Reniet, Heinrichstr. 21, I.

Echte bl. Wiener Zuchtkaninchen zu verk. (12718
[illegible]str. 35b, I.

Guter Herrenanzug und Jünglingsjoppe billig zu verk. (12715
Steinraderweg 28a p.

Kochelherd zu kauf. ges. Ang. u. K K a. d. G. (12736

Ferkel u. Zugänger sind billig z. verkauf.
12746) **J. Klüver,** Schwartauer Allee 123.

Zll. D.-Maskenk. z. verm. Wakenitzmauer 128, II.
12750)

Aerztl. Sonntagsdienst.
Dr. Behmke, Breite St. 43
Dr. [illegible], Fleischhauerstr. 33.
Dr. [illegible], Karpfenstr. 4.
(12708

Ständig Lager
in wenig getr. Herren- und Jünglings-Bekleidungsstücken, aufs s. gereinigt, repariert u. gebügelt. (12741
Wilhelm Blunck,
Ernestinenstraße 17.

M. [illegible] Uhrmacher Fischergr. 12.
Uhr- u. Goldwarenhdlg. u. Reparaturwerkst. (12..

+Magerkeit+

Schöne volle Körperformen durch unser „Eggers" Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 18.—, Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Gr. Mengstr. 10.
(12695

Fette, gesunde
Schweine
erzielt man durch

Futter-Beigabe
SOWA
Erhöht die Freßlust, verhindert Knochenweiche u. heilt solche in wenigen Tagen.

Regelt die Verdauung, = vertreibt Würmer. = Pakete 3.50, 7.-, 17.-, 33.-
In **Lübeck:**
Emil Hahn, Adler-Drog.
Ferd. Kayser, Drogenhdl.
Jul. Vogt, German.-Drg.
St. Jürgen-Drog., **Ernst Jablonowsky,** Hüxtertor-Allee 7. (12267
In **Schwartau:**
Hans Grampp, Drogerie.
In **Schlutup:**
Kreuz-Drogerie **Heinr. Thielbar.**

Emser Pastillen
gegen Husten, Heiserkeit usw.
(1263

Gelegenheitskauf!
Neu angefertigte
Konfirmandenstiefel
für Mädchen,
Größe 35 bis 40
130—145 Mk.
sowie (1274
Arbeiter-Fußzeug
in Schaft-, Knie- und derben Schnürstiefeln Gr. 38—48. Neue Treibriemenlederabf. f. Sohlen u. Absätze sehr billig.
Kein Laden, nur Lager
Ernestinenstr. 17.

Visitenkarten fertigt an **Friedr. Meyer & Co., Lübeck**